

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt

Amstliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei W. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.

Geschäftsstelle: Bubenbergstraße 11, Fernsprecher 125. * Postfach 1030 Dortmund Nr. 3695.

Schriftleitung: Bubenbergstraße 4, Fernsprecher 125.

Nr. 47.

Mittwoch, den 25. Februar 1925.

97. Jahrgang.

Eine Luftverkehrs-Gesellschaft
Ruhrgebiet A.-G.

Auch Bochum beteiligt sich an der Gründung.
w. Essen, 24. Febr. Die Einsetzung des
Zubehörbezirks in den Luftverkehr ist ge-
heim einen großen Schritt weiter gekommen. In einer
im Rathaus zu Essen abgehaltenen Sitzung, an welcher
Vertreter der Städte Essen, Bochum, Mülheim-Ruhr,
Oberhausen, Duisburg, Gelsenkirchen und Hamborn,
sowie der Handelskammer für die Kreise Essen, Mül-
heim-Ruhr und Oberhausen in Essen, ferner des Ver-
kehrsverbandes Ruhrkohlenbezirk, industrieller Werke
des Ruhrgebietes und der Junker Luftverkehrs-A.-G.
teilnahmen, wurde die Luftverkehrs-Gesellschaft Ruhr-
gebiet A.-G. gegründet. Der Sitz der Gesellschaft befindet
sich in Essen. Die Gesellschaft dient ausschließlich dem
öffentlichen Verkehr. Sie bezweckt den Aufschwung des
Zubehörbezirks als einen deutschen und
internationalen Flugverkehr. Im einzel-
nen verfolgt sie die Beförderung von Personen
und Gütern mit Flugzeugen aller Art,
die Anmietung und Vermietung von Flugzeugen und
Fluggeräten, die Beteiligung an Unternehmen, die
gleichartige oder ähnliche Zwecke verfolgen, und das
Eingehen von Interessen und Betriebsgemeinschaften.
Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 2 050 000
Reichsmark. Beteiligungen haben die oben genannten
Städte, ferner die Industrie- und Handelskammer Essen,
der Verkehrsverband Ruhrkohlenbezirk, industrielle
Werke und die Junker Luftverkehrs-A.-G. übernommen.

Verflechtung der Lage im Ruhrbergbau.

TU. Köln, 24. Febr. Die „Kölnische Zeitung“
meldet aus dem Ruhrgebiet: Im rheinisch-westfälischen
Steinkohlenbergbau ist durch die sich ver-
stärkende Wirtschaft, die sich in der vermehrten
Eingabe von Geldmitteln einerseits und der
Verminderung von Neuanlagen andererseits aus-
wirkte, eine weitere Verflechtung der Arbeits-
marktlage herbeigeführt worden. Wie das West-
fälische Wirtschaftsblatt in seinem Wochenbericht
mitteilt, ist die Zahl der Beschäftigten vom 9. bis
zum 14. d. M. um etwa 70 000 auf 1 627 881 in 112
Bergwerken gestiegen, wodurch im Durch-
schnitt etwa ein Drittel der gesamten Belegschaft
auf einmal in unfreiwilligen Feiern in der
Woche gezwungen war. Im wirtschaftlichen Aus-
gleich konnten noch zahlreiche Vermittelungen nach
den Regeln des nördlichen Handelsgebietes getätigt
werden, ebenso wird auch der zwischenzeitliche
Vermittelungsverkehr nach dem hiesigen Stein-
kohlenbergbau (Wurmreiter) weiterhin durchge-
führt. Der trotz der Verflechtung des be-
baulichen Arbeitsmarktes mögliche zwischenzeitliche
Vermittelungsverkehr innerhalb des Ruhrgebietes
bereitet einen besseren Beschäftigungsgrad der nör-
dlichen Kohlenzechen gegenüber den südlichen Koh-
lenzechen.

Der Reichsjustizminister reißt in das
besetzte Gebiet.

TU. Berlin, 24. Febr. Der Reichsjustizminister
Frenken wird, wie der Berliner „Volkswacht“
erfährt, in seiner Eigenschaft als Minister für die be-
setzten Gebiete, in der nächsten Woche eine Reise durch
das besetzte Gebiet unternehmen, die vor allen Dingen
dazu dienen soll, die Unterbringung der Verhafteten
nachprüfen, sowie die Befragung öffentlicher Ge-
bäude durch die Besatzungsstruppen und die Abklärung
der Befehle einer näheren Untersuchung zu
unterziehen. Ferner beabsichtigt der Minister, bei die-
ser Gelegenheit mit den Regierungen der am besetzten
Gebiet beteiligten Länder persönliche Verhandlungen zu
führen und auch eine Aussprache mit den örtlichen Verwal-
tungsbehörden herbeizuführen.

Besprechungen über die Aufwertungsfrage.

w. Berlin, 24. Febr. Die Regierung begann über
die Aufwertungs-Gesetzentwürfe, deren endgültige For-
mulation vor dem Abschluß steht, bereits vor einiger
Zeit die notwendigen Besprechungen mit den Parteiver-
tretern. Diese erfolgten durch die Vertagung des
Reichstages eine Unterbrechung. Sie werden jedoch An-
fang nächster Woche wieder aufgenommen und mit
größtmöglicher Beschleunigung durchgeführt werden.
Die Regierung wird sofort nach Abschluß der Bespre-
chungen die Gesetzentwürfe den gesetzgebenden Körper-
schaften zuleiten.

Am Freitag Abreise v. Maltzahn nach
Amerika.

TU. Hamburg, 24. Febr. Der neuernannte
Votschafter Deutschlands für die Vereinigten Staa-
ten, Freiherr von Maltzahn, wird mit seiner Fa-
milie am Freitag, den 27. Februar mit dem Damp-
fer „Albert Ballin“ der Hapag die Ausreise an-
treten.

Zusammenstöße im Eschka-Prozeß.

Ein Verteidiger von Polizeibeamten aus dem Saale entfernt. —
Vertagungsanträge der Verteidigung abgelehnt.

Ein bewegter Verhandlungstag.

m. Leipzig, 24. Febr. Gleich zu Beginn der Sit-
zung kommt es zu einem Zwischenfall. Rechts-
anwalt Samler will dem Angeklagten Spon einen
Vorhalt machen, der sich auf den Fragenkomplex bezieht,
der nach Gerichtsbeschluss erst später verhandelt werden
soll, nämlich die Behandlung des Angeklagten in der
Voruntersuchung. Der Vorsitzende entzieht ihm das
Wort. Samler bittet um einen Gerichtsbeschluss. Rechts-
anwalt Neumann tritt dem Standpunkt des Vorsit-
zenden bei. Als Samler sich hierzu äußern will, entzieht
ihm der Vorsitzende das Wort, was Samler zu dem
Vorwurf der Gesetzwidrigkeit veranlaßt. Rechtsanwalt
Wolff bittet um eine Verlegungspause für die Ver-
teidigung, die der Vorsitzende ablehnt. Die Ver-
teidigung verläßt daraufhin den Saal. Hierauf un-
terbricht der Vorsitzende die Sitzung auf eine Viertel-
stunde. Rechtsanwalt Frankl will hierauf eine Er-
klärung abgeben. Diese wird jedoch vom Gericht abge-
lehnt, da nach den Ausführungen Frankls es sich nicht
um eine Erklärung zur Sache handelt, sondern um eine
Kritik des Vorsitzenden. Frankl sagte, die Erklärung
solle die Aufrechterhaltung der Würde der Anwaltschaft
wahren. Frankl bittet um Protokollierung, und als
dies abgelehnt wird, um einen Gerichtsbeschluss. Der
Vorsitzende fragt die Beifitzer, die zustimmen. Im An-
schluß hieran kommt es zu weiteren Ausean-
derungen. Samler ruft: Sie wollen nicht
die Wahrheit haben. Der Vorsitzende droht mit
Anwendung der ihm zu Gebote stehenden Mittel.
Der Antrag Wolffs, dem Angeklagten zu gestatten, bei
der Vernehmung auszusagen, wie das Protokoll aus-
sah, wird abgelehnt, da dieser Fragen-
komplex später verhandelt werden soll. Ueber den An-
trag, die Vorgänge protokollieren zu
lassen, kommt es wieder zu Ausean-
derungen, in deren Verlauf Frankl mehrfach das
Wort entzogen wird. Samler will einen Antrag stellen,
den der Vorsitzende nicht zuläßt. Da Samler trotz-
dem weiterpricht, und den Antrag auch dem Gerichts-
schreiber trotz gegenteiliger Erklärung des Vorsitzenden
überreicht, fordert dieser das Verlassen des Saals.
Rechtsanwalt Samler auf, den Saal zu ver-
lassen. Samler weigert sich und wird von zwei
Schuhpolizeibeamten aus dem Saal geführt. Die Ver-
teidigung beschließt, sich sofort an das Reichsjustizmini-
sterium zu wenden. Sie instruierte die Angeklagten da-
hin, ohne ihre Rechtsverteidiger nicht zu sprechen. Hier-
auf tritt eine Pause ein.

In der Nachmittagssitzung wurde der An-
trag Spons vernommen. Er will der R.D. niemals
angehört haben, sondern nur der R.D.D. Neumann
habe ihn für den Fall Spons verpflichtet. Die Verpflich-
tung lautete nicht auf die Partei. Mit dem Aktenat
sollte er nichts zu tun haben, sondern nur mit
einem Krawattenknopf für die Flucht bereit stehen. Neu-
mann habe ihm eine Pistole gegeben. Von anderen Fäl-
len ist anfänglich keine Rede gewesen. Was den Fall
Rauch anbetreffe, an dem er nach anfänglicher Ver-
nehmung teilnahm, so sollte Rauch, wie Neumann ge-

sagt habe, nur einen Denkmittel bekommen. Beim Ver-
treten des Bogens nach der Tat sei Neumann gefallen.
Er habe gestöhnt und sich auch nur mit seinen (Spons)
Hilfe erheben können. Die Aussage des Angeklagten
Spon ergab im übrigen weder zum Fall Rauch noch
zum Stuttgarter Fällen etwas Neues. Spon er-
klärt, er habe im Südwesten Kurierdienste ausüben, d.
h. die Verbindung mit Berlin aufrechterhalten sollen.

Neumann erklärt zu den Aussagen Spons: Er
habe Spon ursprünglich nur als Chauffeur verpflichtet,
dann für die Gruppe, und zwar auf die Partei. Spon
habe nicht der Partei angehört, aber mit ihr stark sym-
pathisiert. Er habe das Recht gehabt, Leute, die er als
zuverlässig kannte, zur Parteiarbeit heranzuziehen.

Im Anschluß hieran entspinnt sich eine ausgedehnte
Auseinandersetzung, da die kommunistischen Verteidiger
behaupten, daß die Partei niemals Nichtmitglieder zu
Parteiarbeiten heranzöge.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen im
Eschka-Prozeß gibt Rechtsanwalt Rosenfeld
namens der Gesamtverteidigung eine Erklä-
rung ab, in der um Vertagung der Ver-
handlungen auf Donnerstag vormittag
erlaubt wird, da die Verteidigung, um die An-
gelegenheit aus der Welt zu schaffen, bei den zustän-
digen Stellen wegen der Vorgänge am Vormittag
vorläufig werden wolle. Rechtsanwalt Neumann
erklärt hierauf, bei den Maßnahmen des Vor-
sitzenden handele es sich nicht um eine Frage der
Verwaltung, sondern um eine der Rechtspflege,
auf die von keiner Seite Einfluß ausgeübt werden
könne. Namens der von ihm vertretenen Behörde
bitte er, dem Antrag nicht stattzugeben, um nicht
den Eindruck zu erwecken, als ob richterliche Ent-
scheidungen einer Korrektur unterzogen werden
könnten. Dadurch würde das Palladium der rich-
terlichen Unabhängigkeit schwer erschüttert werden.

Nach 1 1/2 stündiger Beratung wird der An-
trag der Verteidigung auf Aussetzung
der Verhandlungen abgelehnt. Rechts-
anwalt Rosenfeld äußert dazu, daß die Ver-
teidiger, soweit sie nicht als Offizialverteidiger durch
besondere Bestimmungen gebunden seien, der Ver-
handlung vor Erledigung der Verhandlungen mit
den zuständigen Stellen im Augenblick nicht weiter
beizutreten könnten und daher den Saal verlassen
würden. Sie würden jedoch die Verteidigung bei-
halten und Donnerstag früh wieder zur Stelle
sein. Sämtliche Verteidiger mit Ausnahme
der Rechtsanwälte Dr. Goldstein und Dr. Schi-
michen verließen den Saal. Auf Antrag
des Reichsanwalts Dr. Neumann wird die Ver-
handlung bis morgen vormittag unterbrochen, um
insbesonderen die Offizialverteidiger zu bestellen. Vor-
her gibt der Angeklagte Mahler zugleich im Auf-
trage der Angeklagten Rauchs, Antors und Ballst
eine Erklärung ab, daß sie mit dem Offizialvertei-
diger keinerlei Besprechungen abhalten und jede
Aussage verweigern würden, falls sie ihre Wahl-
verteidiger nicht bekommen würden.

Um den Kontrollbericht.

Verhandlung zwischen Paris und Brüssel.
TU. Paris, 24. Febr. Halbamtlich verlautet, daß
das Militärkomitee in Versailles das Gutachten über
den Generalbericht Ende der Woche dem Vorschlagsrat
übergeben wird. Wie der „Temps“ aus Brüssel erfährt,
haben sich Belgien und Frankreich in der Frage der
Abklärung und der Räumung der Kölner Zone bereits
verständigt und beschlossen, mit Deutschland kein
Kompromiß zu schließen und in die Räu-
mung der Kölner Zone erst nach vollstän-
diger Erfüllung der Abrüstungsbestim-
mungen des Friedensvertrages einzuwilligen. Die
Brüsseler politischen Kreise sind der Ansicht, daß
Deutschland wenigstens 18 Monate brauche, um die Ab-
rüstungsklausel zur Zufriedenheit der Kontrollkommis-
sion auszuführen. Auf jeden Fall wird angenommen,
daß die Räumung der Kölner Zone nicht vor dem 1.
September 1925 erfolgen wird. Unabhängig davon
würde das Ruhrgebiet, wenn Deutschland gewillens
den Dawesplan auszuführen habe, am 15. August 1925
geräumt werden.

Eine internationalisierte Konferenz ohne Deutschland?

TU. Paris, 24. Febr. Die Presse veröffentlicht
gleichlautende, scheinbar inspirierte Mitteilungen, nach
denen die französische Regierung trotz aller Vorstellungen
eine Zulassung Deutscher zur geplanten internationalisierten
Konferenz ablehnen werde. „Deuxm“ sagt, die fran-
zösische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß sich
die Abrüstungsklauseln unabweislich aus dem Friedens-
vertrage ergeben und von Deutschland daher ohne Wi-
derrede zu erfüllen seien. Dagegen müsse Deutschland
zu Verhandlungen innerhalb des Vertrages, besonders
zu Garantie-Vertrags-Verhandlungen hinzugezogen
werden.

Die Begegnung Herriots mit Chamberlain.

w. Paris, 24. Febr. Bezüglich der vorgelegenen
Begegnung zwischen dem Ministerpräsidenten Herriot
und dem englischen Staatssekretär Chamberlain ge-
hen die besten Durchreise durch Paris berichtet haben,
daß ein Termin noch nicht festgelegt sei. Im übrigen

werbe das Interalliierte Militärkomitee von Versailles
das Studium des Berichts der Militärkontrollkommis-
sion in Berlin bezüglich der Entwaffnung Deutschlands
bereits Ende der Woche beendet haben.

Die deutsch-französischen Wirtschafts-
Verhandlungen.

TU. Paris, 24. Febr. Wie der Vertreter der
Telegraphen-Union hört, hat die deutsche Wirt-
schaftsdelegation keine Weisung aus Berlin er-
halten, bis zum Abschluß der Verhandlungen in
Paris zu bleiben. Bis zur Klärung der Frage
einer Unterbrechung soll verjagt werden, um je-
den Preis eine grundsätzliche Verständigung über
das vorläufige Abkommen und die wesentlichen
Bedingungen des endgültigen Vertrages herbeizu-
führen. Es verlautet, daß die deutsche Delegation
am Ende der Woche für kurze Zeit nach Berlin
zurückkehrt und zur Ausarbeitung der grundsätz-
lichen Vereinbarungen eine Unterkommission in
Paris zurückläßt.

Der Jean-Baptiste-Fragebogen nach Berlin
unterwegs.

TU. Paris, 24. Febr. „Information“ meldet,
daß Staatssekretär Trendelenburg seinen
Sekretär mit dem französischen Fragebogen über
die deutschen Vorschläge zum modus vivendi zum
endgültigen Handelsvertrage heute Abend nach Ber-
lin schicken wird.

Die Unterzeichnung des deutsch-französischen Ab-
kommens am Freitag?

TU. Paris, 24. Febr. Zu der Reise des Sekre-
tars Trendelenburg nach Berlin berichtet die
„Avenir“ in großer Aufmachung, daß dieser am
Donnerstag die zustimmende Antwort der Regie-
rung erbringen werde. Unter diesen Umständen
werde das provisorische Abkommen am kommen-
den Freitag unterzeichnet werden.

Wilhelminischer
Republikanismus.

Zum Magdeburger Reichsbannerstag.

Von Gottfried Walder, Berlin.

Wenn es auf der Bühne nicht klappt, fällt das Or-
chester ein. Die Bühne ist das republikanische Deutsch-
land, das Orchester der Magdeburger Reichsbannerstag.

Die herrlichen Zeiten, welche uns die republikani-
schen Blätter ganz im Stile Wilhelms II. versprochen
haben, sind nicht gekommen, obwohl die Bekanntma-
chungen der neuen Herrscher von jeder Mauerrede, jeder
Lichtfabrik und jedem Laternenpfahl aus versprochen,
daß Sozialismus Arbeit sei, Republikanismus Friede,
Freiheit Brot bedeute und Demokratismus die Ver-
söhnung der Völker, den Weltfrieden, herbeiführe. In-
zwischen sind die Laternenpfähle wieder ihrer natür-
lichen Bestimmung übergeben worden, und wir erkennen
im Scheine ihres Gases oder elektrischen Lichtes, daß bei
den „Festteilnehmern“ schon Mitternachtsstimmung
herrscht. Wird nun die Vernunft der Ernüchterung
folgen oder soll das Spiel weitergehen, bis es allen über-
geworben ist? Viel fehlt nicht mehr bis zu diesem
kritischen Zeitpunkt.

Nun zurück zur Bühne und zum Orchester. „Tag
der 10 000 Fahnen“ nennt der linksdemokratische Ber-
liner „Montag-Morgen“ die Magdeburger Reichsbanner-
kundgebung. Wir gestalten uns hinzu: Tag
der 30 000 reichsbannerlichen Offizierschädeln, der
50 000 reichsbannerlichen Unteroffizierschädeln, der
75 000 reichsbannerlichen Gefreitenköpfe und der
100 000 reichsbannerlichen Winblenden und Gamaschen.
So wurde der Magdeburger Reichsbannerstag „das bis-
her größte politische Meeting in Deutschland“. Die
demokratische „Berliner Montagsspost“ sagt es, und sie
muß ja über die republikanische Politik im allgemeinen
und die reichsbannerliche im besonderen Bescheid wissen.

Darum folgen wir auch ihrem weiteren Bericht über
die Magdeburger Tagung des Reichsbanners. Der
Festakt fand sinngemäß im Theater statt. Der Bundes-
vorsitzende Söring schritt zur Rednertribüne, und es
fiel ihm ein, daß man die ganze Sache für Vereins-
meierei halten könnte, weshalb er den Verdacht feierlich
von sich wies und das Motiv zur Gründung des Reichs-
banners in jenem furchtbaren Abgrunde suchte, „der sich
vor unseren Augen auftut, als die Rechtsorganisationen
die Kühnheit besaßen, durch den Bundesvorsitzenden
des Stahlhelms im Herbst 1923 über eine nationale
Diktatur mit dem damaligen Reichskanzler Stresemann
zu verhandeln“. Deshalb sprach die Sozialdemokratie
in die Bresche, bewilligte alles, was die wirtschaftlichen,
staatslichen und nationalen Notwendigkeiten einer Po-
litik zur Rettung des Reiches verlangten und fügte
damit die Zukunft der „Großen Koalition“ im Reich
bis in alle Ewigkeit. Oder sollte es anders gewesen
sein? Sollte die Sozialdemokratie vor jenem furcht-
baren Abgrunde zurückgeschreckt sein und die Verant-
wortung für die Erhaltung der Reichseinheit, für die
Rettung der Rhein- und Ruhrlande, für die Stabili-
sierung der völlig zusammengebrochenen Währung und
für die Gesundung der deutschen Wirtschaft den bürger-
lichen Kabinetten Stresemann und Marx überlassen
haben? Sollte es Wahrheit sein, daß die Söring, Böbe
und Wirth ein volles Jahr mit der Gründung des
Reichsbanners gewartet haben, bis man nach dem Ab-
schluß des Dawes-Abkommens auf eine Periode der in-
nen- und außenpolitischen Verwirrung hoffen durfte?
Also ist es bemerkenswert, daß Herr Söring seine große
Rede just an dem Tage hielt, an dem der Karneval offi-
ziell in Deutschland begann.

Aber hören wir ihm weiter zu. Nach Ueberwindung
der großen innen- und außenpolitischen Gefahren des
Winters 1923—24 war dennach im Sommer 1924 die
Gründung des Reichsbanners zur Rettung des gerette-
ten Vaterlandes notwendig. Das Reichsbanner wurde
durch die „Spenden der Republikaner“ auf die Bethe
gestellt, und die republikanischen Parteien verdanken ihm
einen Stimmenzuwachs von 2,5 Millionen, da sie nach
Ausweis der amtlichen Wahlstatistiken bis heute rund
11 Millionen Stimmen in den 4 Jahren der Republik
an die Rechtsparteien verloren haben. Aus diesem
Grunde fordert Söring die Verschönerung des Volkes
durch öffentliche Verurteilung der Monarchisten und
ihre Entfernung aus allen staatslichen und öffentlichen
Ämtern. „Was sie haben, verbanke sie dem demokrati-
schen Staat“, sagt Herr Reichskanzler a. D. Wirth
in Magdeburg und erntete dafür „fürstliche Heiter-
keit“, was auch wir für richtig halten. Als Saas von
der Demokratischen Partei wünscht die Ueberwindung
des Latengenisses durch echten deutschen Bürgerstolz,
weilhalb Minister a. D. Deuß-Wien an die Demo-
kraten England und Frankreich den Appell richtete,
die Vereinigung der 7 Millionen Deutsch-Österreicher

mit ihren norddeutschen Brüdern in einem großen deutschen Staat zu gestalten.

Zunehmend war der Tag von Magdeburg nicht vergeblich. Reichspräsident Ebert wünschte, daß das Reichsbanner „die große geistige und moralische Front der Republik“ werde. Diesen Wunsch teilen wir aufrecht. Bis jetzt haben wir allerdings von dem geistigen und moralischen Gehalt des Reichsbanners nicht einen Hauch verspürt. Im Gegenteil scheint uns für die geistige Leere des deutschen Republikanismus nichts kennzeichnender als der Versuch des Reichsbanners durch Fahnenhaken und Bannerweihen, durch Verleihung von Tressen und Knöpfen, durch Uniformierung der Anhänger die verdörmte „wildehühnerische Wirt“ bis auf den Gemaßentwurf nachzuahmen. Herr Doebel, Wo ist der große sittliche Gehalt der Revolution von 1918? Sie wird eine Umwälzung ohne Ziel und Idee, ein physischer Zusammenbruch, aber keine geistige Bewegung. Nicht aus dem Glauben geboren, der Verge verfehlt, sondern lediglich von dem Zweifel an die Möglichkeit des Alten genährt, war sie überhaupt nicht imstande, gestaltende Kräfte zu entwickeln. Die republikanische Bewegung hat nicht eine einzige Führerpersönlichkeit von überragendem Format hervorgebracht, wenn auch aus den Reihen der Republikaner manche hervorragenden, die dem Staat aufrecht und mit Hingebung dienen. Doch auch sie können das absolute Fehlen geistiger Energien im deutschen Republikanismus nicht wettmachen. „Eine geistige Front der Republikaner?“ Herr Ebert, wer könnte sie nicht erheben, und sei er der verblüffteste Monarchist. Dazu gehören wir nicht. Im Gegenteil beklagen wir es aufs tiefste, daß in Magdeburg wiederum die falsche Parole ausgegeben wurde: „Die Republikaner, dort Monarchisten!“, „Die schwarz-rot-gold, dort schwarz-weiß-rot!“ Weiß Gott, darum geht es nicht, so heilig uns die Fahne schwarz-weiß-rot ist.

Das Orchester in Magdeburg spielt falsche Weisen. Seine Musik soll die öffentliche Aufmerksamkeit von gewissen Standaufführungen ablenken und über das Glas der republikanischen Parteipolitik hinwegtäuschen. Oder sollte gar in Magdeburg die Dummheit zur kommenden Präsidentenwahl gespielt worden sein? Dann wird der Präsidentenstandkandidat, dem sie gilt, vielleicht Vertrauensmann einer parteipolitischen Richtung sein, niemals aber Vertrauensmann des ganzen deutschen Volkes werden können.

Das Befinden des Reichspräsidenten befriedigend.

w. Berlin, 24. Febr., 4.00 Uhr nachm. Der Reichspräsident hat den Tag gut verbracht. Nach Angabe der ihn behandelnden Ärzte ist sein Zustand befriedigend.

Das Gesamtergebnis der Thüringischen Kreiswahlen.

w. Weimar, 24. Febr. Namentlich liegt das vorläufige Gesamtergebnis der Kreiswahlen aus sämtlichen Thüringischen Kreisen vor. In den noch ausstehenden Kreisen haben erhalten:

Kreis Jülichburg-Haunhausen: Kommunisten 1, Sozialdemokraten 2, Volksliste 2, Deutsche Volkspartei 1, Landbund 7 Sitze.

Kreis Rudolstadt: Kommunisten 2, Sozialdemokraten 5, Landbund 4, Bürgerl. wirtschaftl. Einheitsliste 4 Sitze.

Landkreis Gotha: Kommunisten 4, Bürgerl. wirtschaftl. Vereinigung 4, Sozialdemokraten 2, Landbund und Nationalsozialisten 5 Sitze.

Landkreis Eisenach: Vereinigte bürgerl. Parteien 9, Sozialdemokraten 4, Kommunisten 1 Sitz.

Kreis Saalfeld: Sozialdemokraten 6, Kommunisten 1, Reichsbürgerbund 8 Sitze. Demnach haben die Bürgerlichen 8 Sitze erhalten und die Linksparteien 7, bisher war das Verhältnis umgekehrt.

Landkreis Weimar: Nationaler Einheitsblock 9, Sozialdemokraten 2, Kommunisten 1, Mittelstandsliste 2 Sitze.

Sondershausen: Landbund 4, Sozialdemokraten 3, Bürgerliche Einheitsfront 2, Wirtschaftsliste 1, Kommunisten 1 Sitz.

Anschluß der Nationalliberalen Reichspartei an die Deutschnationalen.

Berlin, 24. Febr. Wie der Berliner Volksanzeiger mitteilt, hat eine Berliner Vertreterversammlung der Nationalliberalen Reichspartei beschlossen, sich der Deutschnationalen Volkspartei anzuschließen. Der Vorsitzende, Landtagsabgeord-

neter Marek, führte in einem Referat über die politische Lage aus, daß die große Aufgabe der Nationalliberalen Reichspartei wieder in der nationalen Front liege. Die Westgruppe Berlin der Nationalliberalen Partei hat ihren Übertritt zur Deutschnationalen Volkspartei bereits vollzogen.

Eine Rede des Reichstanzlers.

Empfangabend des Reichverbandes der deutschen Presse.

Berlin, 23. Febr. Der Einladung des Reichverbandes der deutschen Presse zum ersten Banquet der deutschen Presse im Hotel Esplanade waren neben dem Reichstanzler Dr. Luthar, die Reichsminister Eiche, Dr. Frenken, Dr. Neuhaus, Dr. v. Schlieben und Singel und der Direktor der Reichsbahn Dr. Jäger. Aus dem Reichsministerium waren außerdem die Staatssekretäre Lemmer, Dr. Ing. v. Redow und der Leiter der Presse-Abteilung der Reichsregierung, Dr. Kieper, erschienen. Unter den Repräsentanten der Einzelblätter sah man den bayerischen Staatspräsidenten Dr. Heilbrach und den württembergischen Landesherrn v. Oos. Außerdem waren diplomatische und konsularische Vertreter von 14 verschiedenen Staaten und zahlreiche Vertreter von Wissenschaft und Kunst, Handel und Industrie, sowie namhafte Barmentarier und Vertreter der Behörden erschienen. Die Presse selbst war durch eine Anzahl prominenter Verleger und zahlreiche Journalisten aus Berlin und dem ganzen Reich und durch die Berliner Korrespondenten der Auslandspressen vertreten. Angesichts der großen Zahl der Gäste mußten für das Banquet zwei Säle herangezogen werden.

Chefsekretär v. Baecker begrüßte als Vorstand des Reichverbandes der deutschen Presse die erschienenen Gäste, insbesondere Reichstanzler Dr. Luthar und die übrigen amfahenden Minister der Bundesregierung. Seinen besonderen Gruß entbot er den zahlreichen führenden Vertretern der Presse, die aus allen Teilen des Reichs zu dem Banquet erschienen waren.

In seiner Erwiderung führte Reichstanzler Dr. Luthar u. a. aus: Die Presse ist die große Mittlerin zwischen Regierung und Volk und ich bin gelegentlich gefragt worden, was versteht ihr eigentlich unter sachlicher Politik. Mit den Worten „sachliche Politik“ ist nichts anderes gesagt als dieses: Wir wollen als Regierung den pflichtmäßigen Standpunkt jeder Regierung, die ohne irgend welche Ablenkung auf das Ganze steht, mit aller Kraft und ohne Rücksicht auf die Parteistellungen durchzuführen versuchen. Unsere Politik ist eine Politik der Sachtheorie, der Zusammenfassung und damit der Gewinnung eines neuen Standpunktes zum Weiterwandel des Volkes. In den großen Fragen der Außenpolitik gibt es kaum Gegenstände und in ihrer praktischen Entwicklung findet sich das deutsche Volk in außerordentlichen Dingen zu großen allgemeinen Richtlinien immer wieder zusammen. Ein Gegenstand in reiner Form ist nirgends vorhanden, auch nicht zwischen Individualismus und Sozialismus. Es gibt keinen Sozialismus, der nicht die starken Kräfte des Individualismus anwenden will, der nicht den Tüchtigen an die Stelle führt, wo er wirken kann. Es gibt auch keinen Individualismus, der nicht weiß, daß große Taten, die der sozialistischen Denkform entspringen, im Staatsganzen lebendig werden müssen. Die schwerste Aufgabe für die Presse, so führte der Reichstanzler weiter aus, liegt darin, in Fragen, wo wirksam unter Volk in starken Gegensätzen einander gegenübersteht, auch dem Standpunkt des anderen die erforderliche Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Die große Gefahr ist die, daß in den Parteiprogrammen die doktrinarischen Aufstellungen ein Übermaß von Bedeutung gewinnen und auf diesem Wege die Hypothese an einmal eine Macht werden, die nicht bindet, sondern zerstört. Das ist im Parteileben bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich, wird aber bei uns durch die politische Einrichtung der Verfassungswahl unterdrückt, in der sich nicht geduldet wird, daß die Grundidee abzuweichen muß. Im anderen abnormen Verhältnis können sich die Parteien nicht mehr zum starken Handeln entschließen und dann entstehen jene Ermüdungsgesetze, wie wir sie in zwei Beispielen vor uns gesehen haben. Daß diese Ermüdungsgesetze in der Stunde der höchsten Not zuwande kamen, war ein Verstoß für die Kraft des Reichstages, aber auch dafür, daß unter Umständen das Parteipolitische im Leben des Volkes ausgeglichen werden muß. Die Fortschritte der Technik haben eine ganz andere Gestaltung des sozialen Lebens hervorgerufen und die sozialen Aufgaben sind ungeheuer. Andere große Fragen erwachsen aus den Fortschritten des Verkehrs, dessen Entwicklung für die nächsten 10 Jahre garnicht abgesehen werden kann und die tiefsten Auswirkungen auf die politischen Gestaltungen Deutschlands, Europas und vielleicht

der ganzen Welt haben wird. Aber im Einzelstandpunkt steht die große Aufgabe, die uns nun einmal durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges geworden ist, die uns dadurch geworden ist, daß wir auf ganz neue Wege einen Wiederaufstieg unseres Volkes durchzuführen müssen. Hier sind wir alle im Ziele einig. Wir wollen ein starkes, wir wollen ein gesundes Deutschland, das seinen Platz aber in voller Gleichberechtigung und in voller Anerkennung im Kreise der Völker einnimmt.

Der Kanzler schloß mit einem von der Versammlung begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland, an das sich der Gesang des Deutschlandliedes angeschlossen.

Der Nachfolger Houghtons in Berlin.

TU. Paris, 24. Febr. „Newport Herald“ meldet aus Washington, daß wahrscheinlich John E. Adams, der frühere Präsident des nationalen republikanischen Verbandes zum Vizepräsidenten in Berlin ernannt wird. Adams ist einer der einflussreichsten Republikaner und gilt als ausgezeichnetster Kenner der europäischen Verhältnisse. Kurzelt des Kriegsausbruches war er in Deutschland und hat während des Krieges unparteiische Berichte abgegeben. In Washingtoner Kreisen nimmt man an, daß er die Politik der wirtschaftlichen Annäherung und des gegenseitigen Einvernehmens fortsetzen wird.

Houghton endgültig Vizepräsident in London.

Washington, 24. Febr. Präsident Coolidge machte heute dem Senat antrug die Mittelstellung von der Ernennung Houghtons zum amerikanischen Vizepräsidenten in London.

Um die 26-prozentige Reparationsabgabe.

TU. London, 24. Febr. Das vorläufige Wort, das vor einiger Zeit in London zwischen dem britischen Schatzamt und dem Generalagenten der Reparationsabgaben, Barter Gilbert, über einen neuen modus vivendi für die Einküffierung der 26-prozentigen Reparationsabgabe durch Großbritannien auf deutsche Exporte abgehandelt wurde, scheint infolge von Einwürfen, die entweder von der Transfer-Kommission oder von der deutschen Regierung oder von beiden Seiten aufkommen erhoben worden sind, gescheitert zu sein. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ hierzu berichtet, sei der Optimismus über den Erfolg dieses Wortes in britischen Kreisen von vornherein nicht sehr groß gewesen. Man glaubt, daß der deutsch-englische Handelsvertrag infolge des Nichtzustandekommens einer neuen Methode zur Einküffierung der Reparationsabgabe noch nicht ratifiziert würde. Britischerseits wird behauptet, diese Angelegenheit habe mit dem Handelsvertrag nichts zu tun.

Der sächsische Finanzminister gegen den vorgeschlagenen Finanzausgleich.

TU. Dresden, 24. Febr. In der heutigen Landtags-Sitzung gab Finanzminister Dr. Reinhold im Auftrage der Staatsregierung eine Erklärung ab, in der er betonte, daß die Regierung sich dem Antrag gegenüber verpflichtet habe, die neuen Gesetze über die Besteuerung des Grundbesitzes und des Gewerbetriebs nach der Beendigung des Staatsjahres vorzulegen. Beide Gesetze seien seit Wochen fertig. Nach den Informationen der Staatsregierung habe aber das Reichsfinanzministerium an das Reichskabinett eine Vorlage über den Finanzausgleich gebracht, die nach der übereinstimmenden Meinung der Finanzminister aller deutschen Länder für die Länder- und Gemeindefinanzen untragbar sei, da sie den Ländern und Gemeinden von ihren bisherigen Einnahmen zugunsten des Reiches einen wesentlichen Teil nehme und die Länder und Gemeinden zwingen würde, ihre Maßnahmen in einer Weise anzupassen, die der Regierung für die Wirtschaft und die gesamte Bevölkerung untragbar erscheine.

Keine absichtliche Ausweisung von Italienern aus Deutschland.

TU. Berlin, 24. Febr. Zu den Veröffentlichungen des römischen „Messaggero“, der italienische Manifestationen der Berliner Behörden gegen die in Deutschland weilenden Italiener feststellen wollte, erklärt die Telegraphen-Union von genau unterrichteter Seite, daß es sich bei den Meldungen des römischen Blattes um die übliche falsche Darstellung einzelner Fälle handelt, in denen die deutschen Behörden gegen wiederholte Überlieferungen deutscher Gesetze einzuschreiten gezwungen waren. Obwohl in vielen Fällen die strafrechtliche Ausweisung berechtigt gewesen wäre, sind die Schuldigen nachrichtlich behandelt worden. Bei fehlender Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland ist diese, wenn sich das italienische Konsulat mit begründeten Argumenten für den betreffenden Italiener einsetzt, noch nachträglich erteilt worden. Von einer absichtlichen Verhinderung der Ausweisung in Deutschland weilender Italiener könne nicht gesprochen werden.

Die spanische Mutter mit allen Schikanen. Riesel, Alex., Anne-Dieter, Graf und Annemarie Mummendorf spielten mit Liebreiz, Eleganz und allen geforderten Gefühls-Verquirlungen. Die dagegen operierende Männlichkeit wurde von Hubert Dritz und Wolf Schneider in Regelmäßigkeit geführt, während Viktor Heiler als Schummel in ein Glanzstück seiner Charakteristik lieferte. Auch Eberhard Krumschmidt ließ dem Dietrich Farbe und Glaubhaftigkeit. Eugen Herbert-Ruchenbuch als Spieler hatte für eine lebendige, aber sehr abgelebte und grobe Effekte vermeintliche Einfühlung eingebracht. So muß man unserm Theater für diesen unaufregsam-heiteren Abend dankbar sein.

Amor als Schalk.

Tragikomische Geschichten von Liebe und Ehe, wie sie sich aus dem reichen Material der englischen Gerichtsverhandlungen ergeben, werden in einer Londoner Zeitschrift zusammengestellt. So schickte kürzlich eine junge Dame, die sich einem besonnenen Mann, ihrem Bräutigam, den Pfandstein von ihrem Verlobungsring zurück und war sehr erfreut, daß der Abgabene so „unwundernehm“ war, auf Nachfrage des Ringes selbst zu klagen. Nicht ganz so groß war die Art und Weise, auf die ein Mädchen ihrem Verlobten ihre Verheiratung mit einem anderen anzeigte. Sie schickte ihm nämlich ein Stück von ihrem Hochzeitskleid mit dem Wunsch, er möge ihm gut schmecken, und fügte die Erklärung hinzu, sie sei bereit, ihm die Einrichtung, die er für ihr gemeinsames häusliches Heim gekauft hatte, abzunehmen, wenn sie recht billig wäre. Das junge Mädchen, die mit ihrer Liebe wechselte, recht vorläufig sein müßen, bemerkt der Fall eines Mädchens, die ihren neuen Bräutigam hat, dem alten die Veränderung ihrer Verhältnisse scho-

Die Vorauszahlungen auf Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer.

TU. Essen, 24. Febr. Im Februar 1925 fällige Vorauszahlungen auf Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer:

1. Gewerbetreibende (Einzelpersonen, Erwerbsgesellschaften), die ihre Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer bisher monatlich zu zahlen hatten, hatten ihre Vorauszahlungen für den Monat Januar am 10. Februar 1925 zu entrichten.
2. Die Landwirtschaft hatte die Vorauszahlungen für das erste Halbjahr 1925 am 15. Februar 1925 zu zahlen.
3. Die erste Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer für 1925 war in Höhe eines Viertels der Vermögenssteuer für 1924 am 15. Februar 1925 zu zahlen.
4. Mit Rücksicht darauf, daß in den vom Reichs- vorgelegten Gesetzentwürfen zum Teil andere Zahlungspläne vorgesehen gewesen sind, und daß mancher Steuerpflichtige über die Rechtslage nicht im klaren gewesen sein möge, hat der Reichsminister der Finanzen bestimmt, daß Vorauszahlungen nicht erhoben werden sollen, wenn die oben zu 1 bis 3 genannten Zahlungen bis zum 28. Februar 1925 eingehen.
5. Ueber die Befreiung der Notgebiete ergeht besonderer Erlass.
6. Die Termine der Vorauszahlungen bei der Umsatzsteuer bleiben unberührt.

Die Beachtung der Vermögenssteuerpflichtigen.

w. Berlin, 24. Febr. Verschleudert ist in den letzten Tagen in Zusammenhängen mit der Steuerpflichtigen der Rat gegeben, die am 15. Februar fällige erste Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer 1925 nicht zu entrichten, da nach dem Entwurf des neuen Vermögenssteuergesetzes als Vorauszahlung für das Jahr 1925 nur die Hälfte des für das Kalenderjahr 1924 festgesetzten Steuerbetrages erhoben werden solle, und die Entrichtung von je 1/4 für den 15. Mai und den 15. November vorgesehen sei. Hierzu ist zu bemerken, daß der Entwurf des neuen Vermögenssteuergesetzes noch nicht Gesetz und dem Reichstag noch nicht einmal zugegangen ist. Für die Vorauszahlungen ist also nach wie vor ausschließlich das 29. A. B. I. 2 des Vermögenssteuergesetzes maßgebend. Danach war für 1925 als erste Vorauszahlung am 15. Februar 1/4 der Vermögenssteuer von 1924 zu entrichten. Wenn weitere Vorauszahlungen für 1925 zu entrichten sind, wird der Reichstag bei Beratung des neuen Vermögenssteuergesetzes zu beschließen haben. Steuerpflichtige, die ihre Vermögenssteuervorauszahlungen unter Berücksichtigung der verlängerten Schonfrist nicht spätestens bis zum 28. Februar entrichten, setzen sich der Erhebung von Verzugszuschüssen und der Gefahr der zwangsweisen Beitreibung aus.

Der Untersuchungsausschuß für die Preussische Landesplanbefreiung.

TU. Berlin, 24. Febr. Im Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages für die Landesplanbefreiung ergriff heute ein Vertreter der Staatsanwaltschaft in vertraulicher Sitzung Bericht über den Stand der gerichtlichen Untersuchung. Nach Wiederherstellung der Defektivität wurde als Zeuge der Buchhaltungschef Hausmann vernommen. Er erklärte, es sei ihm aufgefallen, daß ein hoher Betrag an die Herren von Jagemann und von Gdorski gezahlt wurde und die Sparkasse Stettin dafür belastet wurde. Der Vorsitzende Leinert verlas einen Brief der Landesplanbefreiung an die Städtische Sparkasse in Stettin, aus dem hervorgeht, daß die Herren von Jagemann und Gdorski einen Betrag von 3268 403 Mark als Kredit ausbezahlt erhalten hätten, für den verabredungsgemäß die Städtische Sparkasse in Stettin belastet werden sollte. Eine Provision wurde der Sparkasse zugesichert. Als diese in einem späteren Schreiben an die Provision erinnerte, erhielt sie von der Landesplanbefreiung die Mitteilung, daß es sich nur um ein Scheingeschäft gehandelt habe. Die Zahlung der Provision wurde ausdrücklich abgelehnt. Darauf wurde der frühere Direktor, Geheimrat Meßring, vernommen. Anfang 1924 sei von Gdorski an ihn mit der Bitte herangetreten, zum Kauf von 24 wertvollen Häusern eine Anzahlung auf vier Wochen zu erhalten. Die Sicherheit würden die Herren von Carlows, von Jagemann und von Carlows übernehmen. Gezahlt wurden anfangs 575 000 Mark. Anfang Mai erhielten die Herren weitere zwei Millionen. Der Zeuge erklärte, man habe gehofft, daß Geld schnell wieder hereinzufließen würde. Als Geheimrat hätten 24 Häuser im Gesamtwert von sechs Millionen und eine Hypothek auf die beiden Rittergüter des Herrn von Jagemann zur Verfügung gestanden. Einen Schaden habe die Bank nicht erlitten. Der Zeuge Meßring erklärte weiter, besondere Aus-

Stadt-Theater.

Die zärtlichen Verwandten.

Lustspiel von Robert Benedix.

Zu Fastelabend gab es im Stadttheater, einem allen schönen Brauch zufolge, ein lustiges Lustspiel, und zwar bewegten sich diesmal anstelle der sonst häufig herangezogenen „Robert und Vertram“. Die zärtlichen Verwandten“ über die Bretter. Gegenüber den Kämpfern und Esthären unserer modernen Waller und Stammler auf der einen und den Haut-Gout-Magouts der literarischen Macher und Subellisten auf der anderen Seite wirkt ein solches Stück fast wie eine klassische Ausgrabung. Denn der selbige Robert Benedix hatte gerade das, was manchem großmännlichen Schreiber von heute, außer anderem, fehlt: Talent. Schönes, starkes Lustspiel. Er soll hier nicht vernachlässigt werden mit den echten großen Lustspielern (dazu fehlt ihm die tiefere Bedeutung, die ewigkeitsgestaltende seiner Gestaltung und die letzte innere Formprägung). Aber er liefert doch eine solche, anständige Gebrauchsware für den Alltag, die auch einem bürgerlichen Verstand reiflos eingeht und deshalb allemal beifallen und allgemeinen, aber trotzdem berechtigten, Beifall findet.

Den Inhalt des Stückes ausführlich zu erzählen, würde zu weit führen, lohnt auch nicht. Umso mehr lohnt es, sich das Stück selbst anzusehen. Kurz gefaßt, entwickeln sich drei Verlobungen und zwei Freilagen. Das dramatische und moralische Gegengewicht zu den drei Liebespaaren in Entwicklung bildet eine fiktive Liebende und äußerst mütterliche Jungfer (In Parantese: es wird Zeit, daß man in Deutschland allmählich auch der Frau ein stehendes Nebenb-

mens näher kommt) und ein zum Koppen hergerichteter Depp, ebenfalls aus freierstehender vergeblich wandelnd. (Jedes Kind an Stelle kennt die schöne Nebenb.).

Die Spannung ist nicht besonders groß, man sieht im Gegenteil schon von Anfang an, durch das dramatische Gerüst, wie jedes Hänschen sich mit seinem Gerechtigen zusammenfindet. Aber der Wert des Stückes liegt auch nicht darin, sondern in den gut und scharf gezeichneten und mit Lebenswärme durchhauchten Gestalten, in der voll und breit ausgestellten Gedächtnis der gestellten Situationen und, last not least, in der frohen prächtigen Laune, die über die ganzen Vorgänge ausgebreitet ist und wie eine gute Saure auch gelegentlich fide Witzes würzt. Ein klein wenig unzeitgemäß mutet die vormalige Sentimentalität und die verentete Gefühlsphantasie an, die dem Musterbilden Thunnele entknochen. Der Kenner von Literatur und Gesellschaft vermag das vom historischen Standpunkt aus zu würdigen und zu genießen, einem breiteren, teilweise von solchen Kenntnissen nicht beschwerten Publikum, das etwa alles nur aus seiner Zeit heraus beurteilt, könnte es vielleicht leichtes Mißbehagen bereiten.

Die „zärtlichen Verwandten“ bleiben, wenn sich langweilige Schauspielerei in sie verkleiden, heute ev. Mumi. Wenn sie aber von einer Darstellerin her mit Lust und Liebe verkörpert werden, wie wir's gestern erleben, erscheinen sie vom Staube befreit und auferstanden. Die meisten Rollen saßen wie angelesen. Wilit Schöder als Schloßbesitzer Barnau bildete den würdigen, feierlichen männlichen Zentralpunkt, der das Geschehen in Schau und Drehung bringt. Maria Krahn, der wir gelegentlich starkes vis comica testierten, spielte als huberlicher Brautstump wie der Teufel oder Lünnes, und entsetzte Ektürme der Selbsterle. Gili Lipp trierte die dankbare aber auch anstrengende Rolle des späten Mädchens mit viel Humor und bilinguierem Spiel. Lella Gilla aab die traditionelle Lust-

Amte aber von Carlows sowie v. worden. Er habe sich heraus, daß und Reparaturverursachen, über die Untersuchung da nur noch für tracht kämen, und Verichterhatter a Mittwoch soll die

Berlin, 24. Febr. Frühere Abteilungs- Wilhelm Behle die Leitung der abgab zu Breiten, laagen. Der Zeuge Begünstigung Kur bei der Direktion das keinen Erfolg Schmidt. Sie hat neten Teil von der aber nach sein konnte. Sie stellte wurde aber nach und die übrigen 1921 fristlos entlas des früheren Stat stelle, Simon, der außerordentlich nie beobachtet, versch Osten. Der auf gleichfalls Mitglie tungsstelle und best menen Zeugen. I der Zeuge nach Ebel, den Abg, rier vergelich

Es wurde w ausschüß die W sprachen. Der Z erklärte, daß für d war, daß Kufise laucht hatte und im Besitz der möb Wohnung gemel im Falle Kufise daß es nicht and auszuweisen, nach leicht wegen un der Wohnung geg nen wurden auf A

w. Berlin, 24. des preussischen daß K r a f f i n t sei, in dem Straf Handelsgechäften Schwin bereits d schreiben R ter in Moskau b heimischen entse

Die Einna

TU. Berlin, 24. meinen Gewerch Deutschen Beamte von Weibhelfer sich seit einem Ja haltsabzug nicht e in der letzten Be minimum von 50 ist für viele Arb nun seit dem Fr monatlichen Reich haltsabzug von Goldmark erhöht kerem Exemplar und allein daran, der Stabilisierung

Antrag betr. 2

Berlin, 24. von den Deutsch Deutschen Volksp der Wirtschaftlich antrag eingegan Dienstleistungen bestreichen verlan

Die Vorbera

Sitzung des 2 w. Berlin, zur Vorberatung nerkrag in Dor den Vortrag über schaft wird eine am Freitag dur hierauf wird in spruch stattfi

Der deut

v. Kown, 24. Annahme des litauischen Sejm Aufkommensher kunden des Wert iche Gesandte in litauische Außen ische Gesandte in Optionsvertrag i laubte Dr. Eida Fortführung de nach Berlin zur

Polens P

TU. Danzig, scheidung des V richtung von P i. w. in Danzig des Völlerbunde

Abd e

Paris, 23. genblätter aus S el Krim für den Eine Gruppe ei habe beschloffen, I o n g r e die S unter besonderen eine große h habe und daß Etre das Banne

Entkommen- s-Stener.

1925 fällige
Verkaufs- und
Personen, Er-
brauerei und
Kaffeehändler
hatten, den
Monat Janu-
ar 1925 am 15.

uf die Vor-
in Höhe eines
1924 am 15.

dem Reichs-
Händler, und
Rechtslage nicht
Reichsmini-
er, und die
nungen bis zum
Gebiete ergibt

zahlungen
unverändert.

pflichtigen.
ist in den Le-
steuerpflicht
1925 nicht zu
den Vermögens-
das Jahr 1925
1924 fällige
sollte, und die
den 15. No-
den 15. No-
den Reichs-
die Voraus-
1925 als erste
Vermögens-
weitere Voraus-
wird der Reichs-
steuerbefreiung
die ihre Vermö-
schätzung der
zum 28. Febr.
von Vermögens-
weisen Teilei-

Preussische
t.

erforschungs-
die Landes-
Vertreter der
Scheidung We-
tischen Un-
der Defi-
Buchhaltung-
erklärte, es
Vertrag an die
die dort ge-
belastet wurde.
den Brief der
die städtische
Spar-
geht, daß die
den Betrag von
bezahlt erhalten
die städtische
n sollte. Eine
neigigkeit. Als
an die Provi-
des Landes-
sich nur um
abe. Die Rah-
abgelehnt.
vor, Gemein-
4 von 24
angeordnet, zum
eine Anhangung
Sicherheit wür-
3 ist es in
gekauft wurden
An erließen
n. Der Zeuge
sich schnell wie-
heit hätten 24
Millionen und
Rittergüter des
entstanden.
t erklarten. Der
besondere Aus-

schauen Coups
an waren in
hatten sich dann
torene der jungen
Braut nicht fort-
läßt, daß er auf
etweller Bräuti-

auf daselbe Paar
kannst so selten,
lassen, sich wieder
n sind dann meist
an haben sonar
iniger Zeit wurde
5000 Pfund an
sich ihr nämlich
nd ihr Aussehen
nach jah dadurch
Frau heiratete.

neuerprechens
und ein bekannter
ten, in dieser Be-
t worden, der zu
als: „Sie sagen
bin sehr für gute
aten.“ Diese An-
zu bringen. Zu
ner solchen Lage
Fall in den en-
auf einen Verfor-
mens verlagte und
erte. Da aber der
ten.

Anste aber von Hühnern, von Eydorf und von
Carlowitz sowie von Karstadt seien nicht eingeholt
worden. Er habe keinen Vorteil gehabt. Es stellte
sich heraus, daß die Unfälle aus Steuerhinterzügen
und Reparaturkosten, die die Berliner Häuser
verursachten, übernehmungen. Einem Antrag,
die Untersuchung als abgeschlossen zu betrachten,
da nur noch strafrechtliche Gesichtspunkte in Be-
tracht kämen, wurde vom Vorsitzenden und dem
Berichtersteller aufs lebhafteste widersprochen. Am
Mittwoch soll die Vernehmung fortgesetzt werden.

Barmat-Kutister.

Berlin, 24. Febr. Als erster Zeuge wurde der
frühere Abteilungsleiter der Vermögensstelle Altkaiser
Wilhelm Beyer, vernommen. Er behauptet, daß
die Leitung der Vermögensstelle an Kutister Barmat
abgab zu Berlin, die weit unter dem Selbstkostenpreis
lagen. Der Zeuge und der Betriebsrat hatten über die
Begründung Kutisters zunächst Besprechungen geführt
bei der Direktion und beim Reichswirtschaftsrat. Als
das keine Erfolgs hatte, beim Reichswirtschaftsminister
Schmidt. Sie hatten dann das Material dem Abgeord-
neten H. von der Deutschen Volkspartei übermitteln,
der aber nach seiner Mitteilung aus nichts ausrichten
konnte. Sie stellten schließlich Strafantrag gegen die
Direktion der Altkaiserbetriebsstelle. Das Verfahren
wurde aber nach einiger Zeit eingestellt. Der Zeuge
und die übrigen Mitglieder des Betriebsrates wurden
wegen ihres Vorgehens gegen die Direktion am 23. Mai
1921 freigesprochen. Es folgte dann die Vernehmung
des früheren Statistikers in der Altkaiserbetriebs-
stelle, Simon, der bestätigte, daß Kutister Barmat zu
außerordentlich niedrigen Preisen erhielt. Soweit Zeuge
beobachtete, verhielt sich Kutister Barmat stets nach dem
Ordnung. Der kaufmännische Angestellte G. war
gleichfalls Mitglied des Betriebsrates der Altkaiserbetriebs-
stelle und bestätigte die Angaben der vorher vernom-
menen Zeugen. Nach der freisprechenden Urteilsurteil
der Zeuge nach seiner Befundung sich an den Abg.
H. von der Volks. Radbruch und andere Parla-
mentarier vergab.

Es wurde weiterhin im Barmat-Untersuchungs-
ausschuß die Wohnungsmängelangelegenheit be-
sprochen. Der Zeuge Magistratsrat Dr. Hauptmann
erklärte, daß für den Auszug die Einkasse maßgebend
war, daß Kutister eine 1919 erhaltene Wohnung ge-
kauft hatte und daß Kutister bereits etwa drei Jahre
im Besitz der mieteten und dann getauschten früheren
Wohnung gewesen war. Zeugin Frau Körner sagte,
im Falle Kutister sei der Auszug davon ausgegangen,
daß es nicht anständig sei, Kutister aus der Wohnung
auszuweisen, nachdem einmal das Wohnungsmittel, viel-
leicht wegen ungenügender Prüfung der Ausweise, ihm
die Wohnung gegeben hatte. Die weiteren Verhandlun-
gen wurden auf Mittwoch 10 Uhr vormittags vertagt.

Krafft gegen Heilmann.

w. Berlin, 24. Febr. Gegenüber der Behauptung
des preussischen Landtagsabgeordneten Heilmann,
daß in einem Brief eines Empfehlungsschreibens
für, in dem Grafen Kommerzienrat Litwin zu
Sankt Petersburg empfohlen, eine Behauptung, die von
Litwin bereits bemerkt wurde, liegt nunmehr ein
Schreiber Krafft an den deutschen Botschafter
in Moskau vor, in dem Krafft die Darstellung
Heilmanns entsetzt bemerkt.

Die Einnahmen aus den Lohnsteuern.

TU. Berlin, 24. Febr. Zu dem Protokoll des Allge-
meinen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen
Deutschen Beamtenbundes wird der Telegraphen-Union
von Reichsbefehlsgesetz: Es ist bekannt, daß
seit einem Jahre die Einnahmen aus den Lohn- und
Gehaltsabgaben nicht erhöht haben. Die einzige Ver-
mehrung in der letzten Zeit ist die, daß das steuerfreie Einkom-
men von 50 auf 60 Mark erhöht worden ist. Das
ist für viele Arbeitnehmer eine Erleichterung. Wenn sich
nun seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres die
monatlichen Reichseinkommen aus den Lohn- und
Gehaltsabgaben von 71 Millionen auf 126 Millionen
Goldmark erhöht haben, so liegt das nicht an einer
stärkeren Bemessung der direkten Steuern, sondern einzig
und allein daran, daß man die Gehälter und Löhne seit
der Stabilisierung in die Höhe geholt hat.

Antrag betr. Aufbesserung der Pfarrergehälter in Preußen.

Berlin, 24. Febr. Im Preussischen Landtag ist
von den Deutschnationalen, der Zentrumspartei, der
Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und
der Wirtschaftlichen Vereinigung ein gemeinsamer An-
trag eingegangen, der Mittel zur Aufbesserung des
Dienstverdienstes der Pfarrer der evangelischen Lan-
deskirchen verlangt.

Die Vorbereitung des Abhe-Gesetzes. Eine Sitzung des Landtagsausschusses in Dortmund.

w. Berlin, 24. Febr. Der Landtagsausschuß
zur Vorbereitung des Abhe-Gesetzes wird am Don-
nerstag in Dortmund eine Sitzung abhalten. An
den Vortrag über die Anlagen der Eisenbahngesell-
schaft wird eine Fahrt durch das Eisenbahngelände und
am Freitag durch das Abhegebiet sich anschließen.
Hierauf wird sodann in Dortmund die Schluss-
sprechung stattfinden.

Der deutsch-litauische Optionsvertrag.

w. Rowno, 24. Febr. Nach der bereits gemeldeten
Annahme des deutsch-litauischen Optionsvertrages im
litauischen Sejm am 20. Februar fand gestern hier im
Außenministerium der Austausch der Ratifikationsur-
kunden des Vertrages statt. Anwesend waren der deut-
sche Gesandte in Litauen, Schrötter, und der
litauische Außenminister Tscharnicki, der litau-
ische Gesandte in Berlin Dr. Sibilanaskas. Der
Optionsvertrag ist damit in Kraft getreten. Der Ge-
sandte Dr. Sibilanaskas wird noch einige Tage zur
Fortführung der deutsch-litauischen Verhandlungen
nach Berlin zurückkehren.

Polens Protest im Danziger Konflikt.

TU. Danzig, 24. Febr. Polen hat gegen die Ent-
scheidung des Völkerbundkommissars, nach der die Ein-
richtung des Postdienstes in Danzig und Westpreußen
u. i. w. in Danzig nicht berechtigt ist, Protest bei dem Rat
des Völkerbundes eingelegt.

Abd el Krim Kandidat.

Paris, 23. Febr. Nach einer Meldung der Mor-
genblätter aus Kairo wird dort angekündigt, daß Abd
el Krim für den Posten des Kalifen kandidieren werde.
Eine Gruppe einflussreicher muslimischer Ägypter
habe beschlossen, einen muslimischen Welt-
führer als Kandidat Abd el Krim vorzuschlagen
unter besonderem Hinweis darauf, daß Abd el Krim
eine große europäische Nation besiegt
habe und daher der geeignete Führer sei, der mit
Güte das Banner des Propheten trage.

TU. Paris, 23. Febr. Nach einem amtlichen spani-
schen Bericht haben die Riffsleute kürzlich die spani-
schen Stellen in der westlichen Zone zwischen Ronba
und Melabraz in breiter Front angegriffen. Die spani-
schen Truppen, die sich gut verhalten hatten und über
starke Verluste verfügten, schlugen die Riffsleute unter
starken Verlusten zurück. Die Verluste der Spanier
sind gering.

Die Entwicklung des Rundfunkwesens.

Weitere Erläuterungen des Staatssekretärs Dr. Bredow.

w. Berlin, 24. Febr. Staatssekretär Bredow schil-
dert in einem Vortrag vor Pressevertretern die bisherige
Entwicklung des Rundfunkwesens. Bisher sind im
Rundfunk 14 Sender tätig, 6 weitere im Bau.
Die Sender sind alle Eigentum der Reichspost. Die
Teilnehmerzahl betrug Ende Dezember 1924 in Berlin
200 000. Ohne Bayern, das den Rundfunk als eigene
innere Angelegenheit betrachtet, sind in ganz Deutschland
ungefähr 600 000 Teilnehmer dem Rund-
funk angeschlossen. Die Ausgaben der Post
für das Rundfunkwesen beliefen sich im vergangenen Jahre
auf circa 7 Millionen. Die Verbreitung von Presse-
nachrichten ist der Gesellschaft „Buch und Presse“, die
von unterhaltenden Nachrichten der Gesellschaft „Deut-
sche Stunde“, übertragen worden. Der Staatssekretär
schildert in längeren Ausführungen die Entwicklung
der beiden Gesellschaften und teilt zum Schluss mit, daß
der Vorschlag des Rundfunkwesens für das nächste Jahr
bei 750 000 Teilnehmern eine Gesamteinnahme von 18
Millionen vorsteht. Davon werden die Reichspost 7,2
die Sendestationen 10,8 Millionen erhalten. Man rech-
net mit einem Ueberschuß von 300 000 Mark.

Scharfe Auseinandersetzungen in der weltlichen Zentrumspartei.

TU. Hamm, 24. Febr. Zu der gestrigen Vertreter-
sitzung des weltlichen Zentrums in Hamm waren u.
a. erschienen Dr. Marx, Herold, Siegenwald, der
Vorsitzende der rheinischen Zentrumspartei, Wönnig.
Es wurde grundsätzlich Stellung genommen zu den Vor-
gängen im Landtage. Dabei kam es zu scharfen
Auseinandersetzungen zwischen den Vertre-
tern der Landwirtschaft und den übrigen Teilen der
Partei. In ihrem Verlaufe wurde fast einstimmig die
bisherige Politik des Zentrums gebilligt. Die gemäßig-
ten Abgeordneten von Papen und Lönarz,
die nicht erschienen waren, wurden wegen ihrer Stel-
lungnahme bei der Abstimmung ausgeschlossen. Die An-
gelegenheit Dr. S. sollte erst durch die Mandatsüber-
legung des Landes für den Bezirk Rheinland-Westfalen
geklärt. Man war der Ansicht, daß ein Einspruch solange
nicht in Frage komme, als die Staatsanwaltschaft die
Aufhebung der Immunität beantragt habe. Auch Dr.
Marx hielt auf der Tagung eine längere Ansprache,
in der er sein Verhalten bei der preussischen Minister-
krisis zu rechtfertigen suchte.

Ein übles sozialistisches Ablenkungs- Manöver.

Von der Ortsgruppe Witten der Deutschnationalen
Volkspartei geht uns ein Brief mit der Bitte um Ver-
öffentlichung zu, der wir gern entsprechen:

Die sozialdemokratische Tagespresse, unter anderen
der Dortmunder General-Anzeiger und das Bochumer
Volksblatt, hat in den letzten Tagen einen einseitigen
von einer sozialistischen Parteipresse ausgehenden
Artikel gebracht, welcher sich mit dem Konkurs der
Wittener Kaufmanns-Wiedbraud und der vor einiger
Zeit erfolgten Verhaftung ihres Inhabers und des
früheren Vorstehers der Reichsbankdirektion zu Witten,
des Bankrats Wiedbraud, befaßt. Mit der scharfen
Verurteilung, welche in dem Artikel diesen beiden Per-
sönlichkeiten zuteil wird, könnte man sich durchaus ein-
verstanden erklären, wenn ihre Schuld erwiesen wäre
und wenn die dahingehenden Ausführungen rein sach-
lich blieben; gegen die sachliche Kennzeichnung und öf-
fentliche Verurteilung vorgemerkter Schiegun-
gen durch die Presse haben wir selbstverständlich nicht nur
nichts einzuwenden, sondern halten solche schon aus er-
zieherischen Gründen für durchaus angebracht. Auch
im vorstehenden Falle treten wir unbedingt dafür ein,
daß gegen die Schuldigen die Strafgesetze rückwirkend
zur Anwendung kommen, wenn sich die erhobenen An-
schuldigungen in der schwebenden Untersuchung als zu-
treffend erweisen sollten.

Der sozialdemokratischen Presse kommt es aber gar
nicht so sehr darauf an, gegen die Vorgänge an sich
Stellung zu nehmen, als vielmehr darauf, diesen An-
laß zu benutzen, der gefürchteten Deutschnationalen
Volkspartei einen Hieb zu verfechten und gegen sie in
einem an Unfähigkeit kaum noch zu überbietenden Ar-
tikel loszugehen: Den vollkommenen Unabwägungs-
punkt findet sie in dem Umstand, daß der Bauunter-
nehmer Wiedbraud vor mehreren Jahren einmal
den Vorsitz in der deutschnationalen Ortsgruppe der
Partei geführt hat. Sie glaubt, daraus die Berechti-
gung zur Bezeichnung der beregten Vorkommnisse als
deutschnationaler Kreditverfall und als deutschnational-
barmatistische Verbrechen herzuleiten. Demgegenüber
stellen wir fest, daß die Ortsgruppe Witten der deutschna-
tionalen Volkspartei weder mit der ganzen Angele-
genheit, noch mit den beiden beteiligten Personen etwas
zu tun hat. Wiedbraud ist schon seit mehreren Jahren
nicht mehr als eingetragenes Mitglied der Partei ge-
führt. Er hatte auch, was der sozialistische Berichter-
steller mit mehr Dreistigkeit als Objektivität ver-
schwieg, schon seit fast 2 Jahren seinen Wohnsitz von
Witten verlegt. Schumann ist ebenfalls nicht deutschna-
tionaler Parteimitglied. In die ganze Angelegenheit
ist die Partei in keiner Weise verwickelt, es hat sich auch
keine Parteimitgliedschaft der deutschnationalen Ortsgruppe
beim, an den Verhafteten eine Wohnbewohnung zu voll-
ziehen, wie das in Barmat-Fällen von der sozialdemo-
kratischen Partei und ihrer Presse offiziell und inoffizi-
ell heute noch täglich geschieht. Es sind auch durch den
Fall Wiedbraud-Schumann weder Parteifunktionen
noch Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei
in irgendeiner Weise kompromittiert, während solche der
antikapitalistischen Sozialdemokratie im Barmatunf-
all schuldhaftig schon in beträchtlicher Zahl untergegan-
gen sind.

Der Verfasser des beregten Heft- und Schmäheartikels
scheint der Vertreter der sozialistischen Volksver-
dummungsblätter gefälligst recht gering einzuschätzen, denn er
versteht sich in seiner hysterischen Wut gegen die
Deutschnationalen sogar zu der Feststellung: „Die Re-
publik ist deshalb so korrupt, weil sie korrupte deut-
schnationale Beamte beschützt.“ Wer lacht da? Aber
wir nehmen gern zur Kenntnis, daß die sozialistische
Presse die Republik als korrupt ansieht. Ueber die Ur-
sachen des Zustandes sind wir allerdings anderer An-
sicht als die sozialistischen Schimpforgane. Wir glauben,
daß über die Ursachen kein Zweifel mehr herrschen
kann, nachdem wir die Novemberrevolution im Barmat-
sumpf haben herumspazieren sehen. Wir verstehen ja
durchaus, daß es für die sozialdemokratische Partei ge-
radezu Lebensinteresse ist, ihre Anhänger von diesen
Vorgängen abzulenken, und es hat auch niemand davon
gezwweifelt, daß ihr nach ihrer eigenen Einstellung dazu

auch das schlechteste Mittel, insbesondere auch das der
Verleumdung der Deutschnationalen Volkspartei, als
durchaus geeignet erscheint. Aber wir sind auch fest da-
von überzeugt, daß der Erfolg dieses mit einem parla-
mentarischen Ausbruch nicht mehr zu lenkenden
Vorgehens ein ganz anderer sein wird, als es die so-
zialistischen Drahtzieher erwarten haben. Die Aufklä-
rung über die moralische Verderblichkeit, die sich in
der sozialdemokratischen Partei in einem nicht mehr zu
überbittenden Ausmaß breitmacht, ist auch durch alle
Ablenkungsmanöver einer Repressivpresse nicht mehr
aufzuhalten.

Wir können aus Gründen des öffentlichen Anstandes
dem Bochumer Volksblatt und dem Dortmunder Gene-
ral-Anzeiger nicht in derselben Tonart antworten, in
der sie uns angepöbeln haben. Wir erkennen vielmehr
neils an, daß sie in der Verherrlichung des sozialisti-
schen Umgestaltungsunvermögens bestanden. Wir aber
können doch eine Bemerkung darüber nicht unter-
drücken, daß eine Sache heralisch schlecht sein muß, wenn
sie sich nur mit solchen Mitteln halten läßt. Die sozial-
demokratische Partei hat alle Ursache, fleißig und be-
scheiden ihren eigenen Stolz zu reinigen und soll sich
wohl hüten, andere Parteien grundlos mit Schmutz zu
bewerfen, denn das geht nicht immer gut aus!

Der Rückgang der Minderheiten- bewegung in Deutschland.

Die nationalen Minderheiten in Deutschland
stellen seit dem Ende des Krieges weitestgehende
politische und kulturelle Forderungen auf, die sie
mit dem denkbar größten Nachdruck und in scharfster
Form vertreten. Nach der Stärke ihrer Propaganda
mußte man annehmen, daß erhebliche Massen hinter
dieser Bewegung ständen. Diese Annahme
hat sich nach dem Reichstags- und Landtags-Wahl-
ergebnis vom 7. Dezember als ein Irrtum erwiesen.
Polen, Dänen und Wenden sind nicht so stark, wie
sie die Welt glauben machen möchten. Ihre Ge-
samtstimmengahl erreicht noch nicht einmal 100 000
bei insgesamt rund 30 000 000 abgegebenen Stim-
men, also 0,33 Prozent. In dieser Zahl prägt
sich die wichtige Tatsache aus, daß es eine zahlen-
mäßig ins Gewicht fallende Minderheitsbewegung
in Deutschland überhaupt nicht gibt, und daß es
nur ganz geringfügige Teile der Reichsbewohner
sind, die sich als Angehörige eines anderen Volkes
fühlen und geschlossene Sprach- und Kulturgebiete
innerhalb des deutschen Reiches bilden oder sich
von diesem abgrenzen möchten.

Zahlenmäßig am stärksten unter den Minder-
heiten sind die Polen. Sie beanspruchen seit
Kriegsende und seit dem Friedensvertrag von Ver-
sailles u. a. bestimmte Teile von Ostpreußen. In-
besondere betrachten sie die Landkreis Allenstein
und Stuhm als ihre Hochburgen in sprachlicher,
kultureller und nationaler Beziehung. Seit dem
7. Dezember weiß man, daß die polnische Bewö-
nerung in diesen Gebieten nur eine ganz gering-
fügige Zahl darstellt. In Allenstein-Land sind ihre
Stimmen von 6663 auf 2629 zurückgegangen. In
der ganzen Provinz haben ihre Stimmen bei der

Reichstagswahl sich von 14 124 am 4. 5. 1924
auf 6749, also um mehr als die Hälfte, vermin-
dert. Sie haben nicht einmal mehr die Zahlen
der Volksabstimmung vom Jahre 1920 erreicht.
Man kann ihnen in Ostpreußen also beim besten
Willen keine besondere Bedeutung zusprechen. Sie
sind und bleiben eine Splitter-Enklave innerhalb
dieser volklich einheitlichen und festgefügteten Aus-
breitung des Reiches.

In dem alten deutschen Kulturlande Oberschle-
sien beanspruchen die Polen ebenfalls eine Art
Autonomie und mehr. Aber auch hier sprechen
die Zahlen nicht für eine besondere Stärke der
polnischen Bewegung. Ihre Stimmen haben sich
bei der Reichstagswahl um 7850 vermindert. In
ganzem Deutschland können die nationalen Minder-
heiten noch nicht einen Abgeordneten in den
Reichstag senden. Ihre Stimmen haben nur ge-
reicht, um zwei Landtagsabgeordnete zu erhalten.
Sehr eigenartig in ihrer Bedeutungslosigkeit
mutet die wendische Bewegung an, die insbesondere
in der sächsischen Provinz in Erscheinung tritt. Auch
hier ist ein Rückgang um 80 Prozent zu verzeich-
nen. Dasselbe gilt für die Dänenpartei und ihren
Anhang. Auch dort ein Rückgang um ein Drittel,
selbst in der alten Hochburg der Dänen, im
Stadt- und Landkreis Flensburg. Es muß um die
Anziehungskraft der fremden Nationalitäten doch
nicht besonders gut bestellt sein. Diejenigen, die sich
aus Verärgerung ihnen angeschlossen hatten, keh-
ren heute reumütig zur deutschen Sache zurück.
Mit weiterer Besserung der Verhältnisse im Deut-
schen Reich dürften die nationalen Minderheiten
noch weiter abnehmen und damit hoffentlich ihre
ungerechtfertigten Ansprüche.

Soziales.

Zur Verbindlichkeitsklärung des Ruhrbergbau- Schiedspruches.

Bochum, 24. Febr. In der Begründung des Reichs-
arbeitsministers heißt es:

Der Schiedspruch entspricht bei gerechter Abwä-
gung der Belange beider Teile der Notwendigkeit. Die
in ihm vorgesehene Regelung der Arbeitszeit ist im
Sinne auf die schwierige wirtschaftliche Lage des
Bergbaues ein unabwiesbares Bedürfnis, um den
Fortgang der Betriebe zu sichern und damit auch die
Arbeitskraft vor Not zu bewahren. Für die Arbeiter-
schaft ist die Regelung umso eher brauchbar, als sie
zeitlich angemessen begrenzt ist und schon am 1. 3. Er-
leichterungen für einige Arbeitnehmergruppen eintreten,
die unter der bisherigen Regelung besonders schwer ge-
litten haben. Da in der Nachverhandlung am 16. 2.
eine Verständigung der Tarifparteien nicht zu erreichen
war, die Herstellung eines tariflichen Zustandes in der
Arbeitszeitfrage aber aus wirtschaftlichen und sozialen
Gründen erforderlich ist, mußte im Interesse der Allge-
meinheit die Verbindlichkeitsklärung des Schieds-
pruches ausgesprochen werden.

Letzte Drahtmeldungen.

Branting gestorben.

TU. Stockholm, 24. Febr. Hjalmar Branting
ist heute früh nach längerer Krankheit gestorben.
Der Verstorbenen stand im 65. Lebensjahre. Er
hat sich als Führer der Sozialdemokratie Schwedens
im Kampf für das allgemeine Wahlrecht
einen Namen gemacht. 1917 wurde er Finanz-
minister, doch schon im Jahre 1918 seines Amtes
entsetzt. Im Jahre 1921 übernahm er die Mi-
nisterpräsidentenstelle, die bis April 1923 andauerte.
Während des Krieges galt Branting als erbitterter
Feind Deutschlands. Nach dem Weltkriege war
er Vertreter Schwedens auf den verschiedenen Tag-
ungen des Völkerbundes.

Troiki soll Botschafter werden.

TU. Paris, 24. Febr. „Daily Express“ meldet
aus Moskau, daß der russische Botschafterposten
in Tokio höchstwahrscheinlich Troiki angeboten
werde. Für den Fall, daß Troiki abschlägt, werde
die Sowjet-Regierung Joffe nach Tokio entsenden.

Zur Ermordung des Sirdar.

TU. London, 24. Febr. Nach einer Neutermel-
dung aus Kairo wurde bei dem Verhör der unter
Mordverdacht an dem Sirdar Verhafteten festge-
stellt, daß die Angeklagten eine gefälschte von dem
Mörder hinter den Pyramiden-Erdbebenungen
abgegeben und sich im Bombenwerfen aus-
gezeichnet hatten. Hierbei wurde einer der Be-
teiligten gefaßt und sein Verbleib von seinen Ge-
weissen in der Wüste vergraben. Die Mutter des
Geistes erstelt eine große Geldsumme, um den
Verfall nicht zu verraten. Die Polizei ist auf der
Suche nach dem Verbleib.

Nachspiele zum Haarmann-Prozess.

Schmieder, 24. Febr. Vor dem Schöffengericht
find heute eine Verhandlung gegen Frau Engel, bei der
Haarmann längere Zeit wohnte, und gegen Frau Wog-
chenfel wegen Hehlerei bzw. gewerkschaftlicher Hehl-
erei statt. Unter den Zeugen war auch Haarmann,
der die Angeklagte entlastete. Der Staatsanwalt bean-
tragte 6 bzw. 3 Monate Gefängnis. Das Gericht
sprach jedoch die Angeklagten frei, da nicht nach-
gewiesen werden konnte, daß sie wußten, daß die von
Haarmann gekauften Sachen von Ermordeten stammten,
noch daß es sich um Sachen handelte, die unrechtmäßig
in seinen Besitz gelangten.

Erdbeben in Belgien.

Lüttich, 24. Febr. Am Montag kurz vor Mitter-
nacht wurden in einem großen Teil der Provinz Limburg
und im Tale des Oer 30 Sekunden lang, von kräftigem
unterirdischen Stößen begleitete Erdbeben verspürt.
In einzelnen Dörfern wurden Wäben und andere Ge-
genstände stark erschüttert oder umgeworfen. In La-
nasken, wo der Erdstoß besonders heftig war, wurden
in mehreren Säulenhallen Risse hervorgerufen.

Der amerikanische Petroleumskandal.

TU. Paris, 24. Febr. Der amerikanische Petro-
leumskandal scheint sich nunmehr auch auf Paris aus-
zuweiten. Nach aus New York einlaufenden Nachrichten
wird eine Kommission des amerikanischen Gerichts, das
mit dieser Untersuchung betraut ist, nach Paris kommen,
um hier eine Anzahl Persönlichkeiten zu vernehmen, die
in den amerikanischen Petroleumgesellschaften höhere
Stellen eingenommen haben. New Yorker Meldungen be-

haupten, daß amerikanische hochstehende Beamte in dieser
Angelegenheit der Konzeption an die Sinclair-Gruppe
Beteiligungsgelder in Höhe von 2 Millionen
den Dollar erhalten haben.

Präsident Schuy in Paris.

TU. Paris, 24. Febr. Der Präsident des Dan-
ziger Freistaates, Dr. Schuy, ist auf der Weltreise
von London, wo er über eine Anleihe für den
Freistaat Danzig erfolgreich verhandelt hat, in
Paris eingetroffen und hält sich hier zwei
Tage auf.

Griechisch-südlavisches Bündnis.

TU. Belgrad, 24. Febr. Griechisch-Südlavien und
Griechenland ist ein neues gegen die Türkei gerichtetes
Abwehrbündnis geschlossen worden. Das Bündnis ist
von Wichtigkeit, da Serbien noch nicht den Friedensver-
trag mit der Türkei unterzeichnet hat und Griechenland
sich dadurch die volle Mitwirkung des Südlavien
in dem Falle eines Krieges mit der Türkei sichert.
Die griechische Regierung billigt das Abkommen, das
ihrer Ansicht nach das Gleichgewicht auf dem Balkan
aufrechterhalten und ein Gegengewicht zur Türkei und
zu Italien bilden wird.

Die nächsten Fahrten des „Los Angeles“.

TU. New York, 24. Febr. (Kabelfunk d. N.Y.)
Die Vorbereitungen für den neuen Reppellin-Flug nach
den Bermudas-Inseln sind beendet. Wahrscheinlich wird
der Aufstieg am Mittwoch, den 25. d. M., stattfinden.
Der England-Flug ist für die Zeit zwischen dem 20.
Mai und dem 20. Juni angesetzt, da in dieser Zeit gün-
stige Westwinde wehen. Portorico soll zwischen dem 1.
und 17. März besucht und der Flug nach dem Panama-
Kanal Mitte April vorgenommen werden. Der Flug
nach Honolulu ist wegen des England-Fluges zweifel-
haft geworden.

Seuche in Indien.

TU. London, 24. Febr. Wie der „Daily Telegraph“
aus Madras berichtet, ist im Sitapur-Distrikt eine
Seuche ausgebrochen. Es sind infolge dessen alle Maß-
nahmen getroffen worden, um den Blauwetter nach
dort zu beschwänken. Die Regierung hat an die Eisen-
bahndirektion Befehl erteilt, die für die reisenden
Freiheiten in Minsar und Minsar vorzusehen
Sonderzüge nicht fahren zu lassen.

Essen, 24. Febr. Geh. Finanzrat Dr. Sagen-
berg, der nach Ausschleichen aus dem Direktorium der
Firma Krupp Ende 1918 nach Rotterdam für Minsar
vergangen war, hat jetzt unter Verbleib als Mitglied des
Präsidiums seinen Vorsitz im Vorstand des Bergbau-
vereins niedergelegt, weil er durch seine parlamenta-
rische Tätigkeit den Arbeiten des Vereins zu sehr ent-
zogen wurde. An seiner Stelle wurde in der gestrigen
Vorstandssitzung des Bergbauvereins Herr General-
direktor Bergart Dr. Ing. ehrenhalber Witzgans
zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Verantwortlich: Für Politik, Feuilleton und
Anzeigen: Dr. S. Kiedel; für Lokales und Begle-
Nachrichten: Ernst Penke; für Provinziales und
Sport: Ernst Wolmann; für den übrigen Be-
teil und Unterhaltungsbeilagen: Dr. S. Penke;
für Inserate und Reklamen: Emil Wille, sämtlich
in Bochum.

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszug nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 25. Febr.

Zur Auflösung des Bochumer Versorgungsamts.

Man schreibt uns:

Es steht nun fest, daß das Versorgungsamt Bochum am 1. April nach Dortmund kommt. Gelsenkirchener kommt Reddinghausen und Gladbeck hinzu. Auch das Versorgungsamt wird am 1. April mit Dortmund zusammengelegt.

Bereits jetzt müssen die Kriegsbeschädigten des Landkreises Bochum erst mit den Straßenbahnen von Altenbochum, Laer, Weitmar, Mente, Hordel, Gerthe, Harpen usw. nach Dortmund und von hier mit der Eisenbahn nach Dortmund fahren. Sierdurch geht immer ein ganzer Tag verloren, dazu Unkosten und Beschwerden. Vom 1. April ab muß nun alles nach Dortmund, selbst von Gattingen, Wittenstein, Stiepel usw. Man bedenke nur diese umständlichen Reisen der amputierten und schwerkranken Kriegsbeschädigten, der gebrechlichen Krieger-Wäter und -Mütter. Auch Gelsenkirchener, vor allem der fähliche Teil des Landkreises, hat ein großes Interesse, bei Bochum zu verbleiben, muß zum großen Teil unbedingt über Bochum nach Dortmund, A. B. Eppendorf, Röntrop, Wellenfeld, Wittenstein, Gattingen usw. Und welchen Zweck soll dies haben? Sparen! Dieser Sparsucht, man könnte hier etwas anderes sagen! Der Geschäftsumfang des Bochumer und Dortmunder Versorgungsamts ist ziemlich der gleiche. Die Stelle in Bochum wurde eingerichtet, weil Dortmund nicht alles schaffen konnte und bereits mit 3 Jahrgängen Überfüllung im Zustande war. Jetzt ist mit vieler Mühe alles nachgeholt, jetzt soll wieder zusammengelegt werden. Was wird die Folge sein? In kürzester Zeit sind wieder Zustände da und die Dortmunder Stelle muß anbauen. Ist das richtig? Wird dadurch der Zweck des Sparens erreicht? Niemals! Vor allem auch deshalb nicht, weil die Bochumer Richter alle nebenamtlich tätig sind, und die Kosten die gleichen sind.

Da nun Bochum doch ein Interesse an dieser Stelle haben müßte, wäre es doch wohl angebracht, dem Kreisbesitz der Bürgerversicherung in etwa entgegenzukommen, damit er auch tatsächlich steht, daß er nur sparen kann, wenn die Bochumer Stelle bestehen bleibt. Es wäre so gar richtig, zu behaupten: wenn Dortmund und Gelsenkirchen ihr Versorgungsamt haben, so wollen wir, da wir so schön dazwischen liegen, noch mehr davon haben. Dortmund dazu haben, vor allem den uns wegenommenen Landkreis Bochum, Herne, Witten, Langendreer, Berne, Gattrop usw., da Dortmund ohnehin mit Hamm, Sagen, Soest usw. noch reich genug begünstigt ist. H. F.

Wie wir hierzu von zuverlässiger Seite erfahren, hat die Stadt Bochum, sobald sie erfahren hatte, daß das Versorgungsamt aufgelöst werden sollte, alle erdenklichen Schritte unternommen, um die geplante Maßnahme rückgängig zu machen. Es sind dauernd schriftliche und auch persönliche Vorstellungen beim Reichsarbeitsministerium erhoben worden. Noch im Januar dieses Jahres ist einem Stadtrat gelegentlich einer persönlichen Vorstellung im Reichsarbeitsministerium die Verankerung gegeben worden, daß Bochum sich hinsichtlich einer Verlegung des Versorgungsamtes keine Sorge zu machen brauche. Es kann also der Stadt nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie in der Angelegenheit nicht alles das getan hat, was unter den gegebenen Verhältnissen geschehen mußte.

Die Reichsbank zum Sparkastenproblem.

Keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsbank und Giroverband.

Die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten in der letzten Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank und die öffentliche Stellungnahme des deutschen Spar-Kassen- und Giroverbandes sowie der kommunalen Spitzenverbände zu diesen Ausführungen sowie die sich mit der Finanzabteilung der Reichsbank und der öffentlichen Betätigung der Sparkassen befassen, haben den beteiligten Stellen Veranlassung gegeben zu einer gemeinsamen Besprechung des gesamten Fragenkomplexes. Wie schon aus der Presseerklärung des deutschen Spar-Kassen- und Giroverbandes hervorgeht, bestand von vornherein auf beiden Seiten die Absicht, die Beziehungen zu klären und die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Die gemeinsame Erörterung der sonstigen Punkte ergab, daß auch in den übrigen grundlegenden Fragen prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsbank und Giroverband kaum bestehen; dies gilt insbesondere für die Tätigkeit der Spitzenorganisationen des kommunalen Kreditwesens, der Girozentralen, die auch von der Reichsbank als durchaus nützliche und zweckmäßige Einrichtungen anerkannt werden und auf deren Geschäftsführung sich die Kritik des Reichsbankpräsidenten nicht bezog. Es ist ferner keineswegs Absicht der Reichsbank, darauf hinzuwirken, daß den Sparkassen im Wege der Gesetzgebung das Personalverhältnis gänzlich unmöglich gemacht oder die langfristige Verlegung der Spargelder in einem der Liquidität der Sparkassen gefährdenden Umfang vorgegeben wird. Da das Zentralnoteninstitut wie der Spar-Kassen- und Giroverband in gleicher Weise an einer gesunden kommunalen Finanz- und Kreditpolitik interessiert sind, wurde beschlossen, in enger Fühlungnahme mit den Aufsichtsböden und miteinander auf die Beseitigung offenkundiger Mängel in der Kreditpolitik einzelner kommunaler öffentlicher Geldinstitute hinzuwirken, und sich in gemeinsamer Arbeit um baldige befriedigende Lösung der stehenden Fragen auf dem Gebiete der kommunalen Finanzabteilung zu bemühen.

Vollmacht in Gewerbe, Grundvermögens- und Hauszinssteuerfachen.

Wiederholt wurden Beschwerden erhoben, daß Steuer- oder Verwaltungsverfahren im Verwaltungsverfahren (einschließlich des Rechtsmittelverfahrens) von Berufsorganisationen, wie Finanzsachverständigen, Gewerbevereinen und dergl. Verlegung von Vollmacht zu kurz und unvollständig sei. Zur Behebung von Zweifeln teilt der Amtliche Preussische Pressedienst aus einem älteren Rundschreiben des Finanzministers, der zugleich im Namen des Ministers des Innern und des Handelsministers ergangen ist, folgendes mit:

Für die Gewerbesteuer finden nach der Verordnung vom 23. 11. 1923 die Vorschriften der Reichs- abgabenordnung sinngemäß Anwendung. Die Reichs- abgabenordnung enthält, abgesehen von der für das Rechtsmittelverfahren geltenden Bestimmung des § 238 Abs. 2, die nur besagt, daß Bevollmächtigte und gesetzliche Vertreter sich auf Verlangen als solche auszuweisen haben, keine besondere Vorschrift, wie die Vertretungsmacht nachzuweisen, insbesondere, ob eine Vollmachtsurkunde vorzulegen ist. Die Frage, ob eine Vollmachtsurkunde verlangt werden soll, ist daher in Gewerbeverwaltungen von den Umständen jeweils unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des einzelnen Falles nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden. Es wird der Verlegung einer Vollmachtsurkunde in allen den Fällen nicht bedürfen, in denen nach den gesamten Umständen kein Zweifel unterliegen kann, daß die als Bevollmächtigte auftretenden Personen (a. B. nahe Verwandte, Anwälte, Vertreter beruflicher Vereinigungen) zur Vertretung berufen sind. Erst wenn sich Mißbräuche herausstellen, wird strenger zu verfahren sein.

Wenn auch das Grundvermögenssteuer- gesetz § 4 auf die Reichsabgabenordnung nicht in derselben Weise wie in der Gewerbeverwaltungsordnung Bezug nimmt, bestehen keine Bedenken, die vorstehenden Grundsätze auf das Verfahren bei der Grundvermögenssteuer und Hauszinssteuer anzuwenden. — Gegenüber Stundungs- und Erlaßanträgen ist natürlich keinesfalls ein strenger Maßstab anzulegen als im Verwaltungsverfahren.

Die Unfallziffern im Bergbau.

Der Verein für bergbauliche Interessen in Essen schreibt uns:

In zahlreichen Blättern ist eine Mitteilung des, wie dabei besonders erwähnt wird, dem Viten Bergarbeiterverband nachstehenden Bochumer Volksblattes wiedergegeben, in der es heißt, daß die Unfallziffer im Ruhrbergbau seit Beginn des Jahres 1924 im Vergleich mit dem Dezember 1923, also nach Einführung der verlängerten Arbeitszeit, auf 1400 gestiegen. In demselben Maße, wie die Zahl der Unfälle gestiegen sei, hätten auch die Klagen über das Unfallversicherung im Bergbau zugenommen.

Es handelt sich bei dieser Meldung des Bochumer Volksblattes um den wiederholten Versuch, die Öffentlichkeit in Bezug auf die Unfallziffer im Bergbau irre zu führen. Durch den Hinweis, daß das Bochumer Volksblatt dem Viten Bergarbeiterverband nahestehe, soll zweifellos der Eindruck erweckt werden, daß die Mitteilungen über angeblich ungewöhnliche Steigerung der Unfälle von diesem Verband stamme. Ob das in diesem

Falle zutrifft, sei dahingestellt. Es muß indes festgesetzt werden, daß schon vor einigen Monaten ein als Aufsicht des Viten Bergarbeiterverbandes veröffentlichter Artikel des Bochumer Volksblattes über angeblich ungeheure Zunahme der Unfälle im Ruhrbergbau, der als Appell des Viten Bergarbeiterverbandes an die öffentliche Meinung in der deutschen Presse weitestgehend verbreitet wurde, als Fälschung nachgewiesen wurde. Nachdem eine Nachprüfung der unrichtigen Behauptungen in der Presse erschienen war, ließ der Viten Verband in den Zeitungen erklären, daß der fragliche Artikel nicht von ihm herrühre.

Wie in diesem früheren Falle wird auch jetzt wieder beim Vergleich der Unfallziffern von 1923 und 1924 verschwiegen, daß im Jahre 1923, während der Zeit des passiven Widerstandes, der Betrieb auf den Bergwerken vermindert wurde. Die Förderung betrug nur etwa ein Fünftel der normalen Gewinnung — durchschnittlich 60—65 000 Tonnen gegen heute 330—350 000 Tonnen. Da unter solchen Verhältnissen die Zahl der Unfälle erheblich zurückgegangen und sich bei Wiederaufnahme des normalen Betriebes eine starke Steigerung ergeben mußte, ist selbstverständlich.

Nach den amtlichen Veröffentlichungen war die Entwicklung der Unfallziffer nach dem Kriege, insbesondere auch nach Aufgabe des passiven Widerstandes, keineswegs ungünstig. Das ergibt sich ohne weiteres bei einem Vergleich der Unfallziffern von 1924 mit denen der Vorjahre. Auf 1000 Beschäftigte berechnet betrug nach amtlichen Veröffentlichungen in den Jahren 1912 und 1913 die Zahl der angemeldeten Unfälle im Monatsdurchschnitt 13,54 bzw. 13,79. 1924 dagegen 11,32. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle (auf 1000 Beschäftigte) stieg 1912 auf 16,08, 1913 auf 14,78 und 1924 auf 8,27, die Zahl der tödlichen Unfälle (auf 1000 Beschäftigte) im Jahre 1912 auf 2,95, 1913 auf 2,59 und 1924 auf 1,83. Es ist mithin eine nicht unwesentliche Besserung zu verzeichnen. Es muß besonders darauf hingewiesen werden, daß nach Beendigung des passiven Widerstandes, die Ende September 1923 erfolgte, der Betrieb nicht sofort in vollem Umfang wieder aufgenommen werden konnte, da die Wiederherstellung der unterirdischen Betriebe längere Zeit erforderte und die Förderung außerdem durch die erst allmählich sich vollziehende Anpassung an den Regiebetrieb — der Witransport mußte nach neuen, vollkommen veränderten Grundrissen vorgenommen werden —, gebremst wurde. Das ergibt sich ohne weiteres auch aus den Förderziffern. Noch im November 1923 war die Förderung mit 1 555 645 Tonnen (ohne die Förderung der Regiebetriebe) nicht wesentlich höher als während der Zeit des passiven Widerstandes (September 1923 1 274 407) stieg dann aber im Dezember auf 4 293 737 Tonnen und im Januar 1924 auf 6 187 481 Tonnen usw. Die Steigerung der Unfälle von rd. 1000 im November 1923 auf rd. 1400 im Dezember 1923 und die weitere Zunahme in den folgenden Monaten ist mithin eine ganz natürliche Erscheinung. Daß die Dauer der Arbeitszeit auf die Unfallziffer nicht einen Einfluß hat, ist ebenfalls selbstverständlich, da die Arbeiter beim längeren Verweilen an der Arbeitsstätte auch länger den Gefahren des Bergbaues ausgesetzt sind.

Weiterberichtet. Eintritt von Niederschlägen, mildere. Der feldmäßige Hochdruck nimmt unter dem Andrängen eines kräftigen ozeanischen Tiefdruckgebietes an Stärke ab und zieht sich nordwärts zurück. In den meisten Gebieten regnet es. Die leichteste Kälte heute morgen noch an. Der höchste Merkurstand minus 5 Grad und eine Schneedecke von 25 Zentimetern, Feldern im Schwarzwald 95 Zentimeter, Wassertemperatur 12 Zentimeter. Vorherige bis Donnerstag: Annehmend bewölkt und wieder milder, Wind aus Südwest, Eintritt von Niederschlägen.

Die neuen Kreisverordnungen. Wie der preussische Landtagsrat den Kreisverordnungen mitteilt, ist mit den Neuwahlen der Kreisverordneten, die auf Grund des vom Kabinett beschlossenen neuen Gesetzes betr. die Kreisverordneten vorgenommen werden müssen, Anfang April zu rechnen und mit dem ersten Zusammenkommen des neuen Kreisverordneten Ende April. Bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes bleiben die Mandate der jetzigen Kreisverordneten bestehen.

K. Z. Retoren ernannt wurden: der Hauptlehrer Graebner von der evangelischen Hülfschule und der Hauptlehrer Kemmer von der katholischen Hülfschule.

K. Die Neuwahl des Presbyteriums für die Gemeinde Bochum-Mitte findet Dienstag, 17. März, abends 8 Uhr, im evan. Vereinshaus statt. Die Ermittlung des Wahlergebnisses geschieht sich unmittelbar an. Wahlberechtigt sind die bisherigen Mitglieder des Presbyteriums, sowie die neu gewählten Gemeindevor-

neten, soweit diese bereits eingeführt sind. Zu wählen sind 20 Presbyter. Wählbar ist jeder, der in die Wählerliste eingetragen und das 30. Lebensjahr vollendet hat. Wahlvorschlüsse müssen bis zum 3. März bei dem Vorsitzenden des Presbyteriums, Pfarrer Witten, eingebracht und von mindestens 5 Mitgliefern der Gemeindevertretung unterzeichnet sein.

k. Einführung. Im Hauptgottesdienst in der Christuskirche fand am vergangenen Sonntag in feierlicher Weise die Einführung der neu gewählten Gemeindevor-

treter statt. Der Bochumer Polizeivertretung und Gelsenkirchener Polizeipräsident. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat der von Gelsenkirchen beauftragte Plan des Aufbaues der Polizeivertretung an das Polizeipräsidentium Gelsenkirchen bisher keine feste Gestalt angenommen, wie überhaupt seine Verwirklichung kaum zu folgen wird. Der Plan besteht zwar schon seit Jahren. Aber im Jahre 1923 schon hat sich das Polizeipräsidentium Gelsenkirchen gegen die Zusammenfassung solcher weiterer Polizeigebiete in einem Gutachten ausgesprochen. Aussicht auf bestimmte Verwirklichung hat der Plan, Wanne-Gitel in polizeilicher Hinsicht dem Polizeipräsidentium Gelsenkirchen zu unterstellen.

E. Genehmigung der wesentlichen Bemerkungen der Bochumer Woche durch die Besatzung. Die Besatzung hat die wesentlichen Veranstaltungen für die Bochumer Verbände genehmigt. Die Besatzung der öffentlichen Gebäude und der Privathäuser in den Bochumer Stadtteilen ist während der ganzen Woche gefahret, jedoch nur unter dem Vorbehalt, daß die Besatzung in den Stadtteilen (blau-weiß) nur gleichzeitig mit den Besatzungen in den Nationalfarben (schwarz-rot-gold) gefahrt werden dürfen.

Die Verbindung Reddinghausen mit Bochum. Der „Reddinghäuser Jg.“ wird geschrieben: „Als eine vorläufige Lösung dieser dringenden Verkehrsfrage sollte die Reichsbahnverwaltung bis zur Herstellung der direkten Verbindung Reddinghausen — Bochum wenigstens sofort Durchgangsszüge einlegen. Warum muß auf dieser wichtigen Strecke in Wanne umgeleitet werden? Warum läßt man die Pendelzüge Bochum — Wanne nicht bis Reddinghausen durchfahren, für die nur selten Anschlag in Wanne besteht? Dringend erforderlich wären beschleunigte Personenzüge Reddinghausen — Bochum, die nur in den Fahrplan eingelegt zu werden brauchen. Diese müßten zu den Geschäftszeiten von 8 Uhr morgens, kurz nach 1 Uhr mittags und nach 7 Uhr abends eingelegt werden. Ein durchgehender Expresszug ab 11 Uhr von Bochum könnte diesen provisorischen Vorstoß verwirklichen. Wenn auch eine Verkürzung der nur 18 Kilometer betragenden Strecke erst mit der neuen Bahnlinie zu erreichen wäre, so könnte doch mit dieser vorläufigen Lösung wenigstens eine Verbindung dieser beiden Städte ohne Umfragen und größeren Aufenthalt erzielt werden.“ Wir brauchen diesen Überlegungen nichts mehr hinzuzufügen. Bochum hat alle Ursache, sich diese Vorschläge zu eigen zu machen.

Verbotes Theaterstück. Der General-Gebietskommandant verbietet einmütig in den seit dem 11. Jan. 1923 besetzten Gebieten, sowie in dem Gebiete von Düsseldorf Stadt und Land das folgende Theaterstück, benannt „Reinhold Rebell“ von Arnold Bronnen. Der Verlauf und die Aufnahme in den Spielplan, sowie die Wiederabgabe dieses Theaterstücks unterliegen den für die Überwachung der Verordnungen des kommandierenden Generals vorgesehenen Strafen.

pp. Schulgeld für ausländische Schüler. Aus einer Bekanntmachung des Preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung teilt der Amtliche Preussische Pressedienst mit: Die Bestimmung des Bundesgesetzes vom 1. Februar v. J., daß von ausländischen Schülern, die höhere Lehraufgaben in Preußen besuchen, der Doppelte Schulgeldsatz für Schüler zu erheben ist, wird, soweit es sich um staatliche höhere Lehr-

Machen Sie sich keine Sorgen.

wie Sie sich mit bescheidenen Mitteln einrichten können. Ein Besuch des größten Spezialhauses für Wohnungseinrichtungen der Firma Gebrüder Schürmann, Essen-Ruhr und Köln, wird Sie überzeugen, daß man künstlerisch gediegene Möbel auch schon mit geringen Mitteln und ohne Schulden machen zu müssen, kaufen kann.

Erda.

Roman von Brunhilde Hofmann.

Copyright by Carl Dunder, Berlin W 62, 1924. (Nachdruck verboten.)

46) Meher's Gesichtsausdruck zeigte plötzlich eine wilde Wut: „Na, und was nun? Kommt da in dem tiefsten Dreck, in dem wir stehen, solche aufgefressene Schieberkreatur mit seiner Dame und möchte so ungefähr die letzten Silberbestände der Reichsbank, die er — Gott weiß wie — ergaunert hat, so einfach: schwupp — über die Grenze fahren, um in der Schweiz dann gemütlich zu leben. Und warum denn nicht? So ein einfacher Zollbeamter, der selbst noch Schmutzgeruch hat, ist doch leicht zu beschützen, nicht? Da braucht es nicht viel. Nicht mal so ein bißchen Klugheitsfarnheit. — Aber — du ahnst es nicht! — Wir haben da vielleicht irgendwo noch eine verborgene Ehre — auch ohne Belohnung.“

„Sie gehen ja ganz geordnet ins Zeug heute morgen, Meher? Aber interessant, wie Sie das eingefädelt haben. Wie wollen wir ihn indessen halten, wenn er was merkt — schieben?“

„Gar nicht nötig. Ich fahre doch mit. Zu seiner Sicherheit. Das geht fürchterlich einfach und macht gar kein Geräusch. Der bleibt schon ganz ruhig stehen — ich bin doch Chauffeur.“

„Na — vermögen genug — aber mal recht was für Sie. Ich gönne es Ihnen. Also, Hals- und Beinbruch — Wir erwarten den Wagen an der genannten Stelle.“

Meher reichte ihm die Hand hin.

„Leben Sie wohl, Herr Leutnant. Auf alle Fälle, man kann ja nie wissen. — Ru mache ich also erst mal zu mir rüber nach Meran, von da geht es dann heute nachmittag los.“

Steinburg und Frau Eva ahnten nun allerdings nichts von dieser Unterhaltung, die sich nur allzu unmittelbar auf sie bezog. Der Tag hatte für sie noch nicht begonnen. Erst gegen zehn Uhr frühtrüben sie gemeinsam in der Halle des Hotels in Meran, wo sie seit gestern Quartier genommen hatten. Viktor redete nur wenig, er war offenbar nervös und in Anspruch genommen. Frau Eva löste ihre Schokolade und

ärgerter sich, daß er nicht die überlegene Ruhe zeigte, die sie für nötig hielt und von ihm erwartete. Er hatte eine Berliner Zeitung entnommen und las unaufmerksam darüber hin, um sich abzulenken.

„Du bist nervös, mein Lieber.“ sagte sie endlich. „Ich bin nicht nervös — lächerlich —, wenn du mit mir meine Ruhe liebst. Aber du konntest es ja nicht abwarten. Nun fahre ich hier im heiligen deutschen Vaterland, jede Stunde in Gefahr, erkannt zu werden. Wenn sie mich wegen der verfl. — Duellgeschichte fassen, wäre das an sich ja nicht das Schlimmste, aber fängt der Staat erst an, kommt kein Ende. Das ist es.“

Sie sah ihn kalt an. „Du bist eben der Situation nicht gewachsen.“

„Aber du wachst in sie hinein — das muß man dir lassen —, merkwürdig gut.“

„Bitte, fange keinen Streit an.“

„Ich scherze ja nur.“

„Ach so.“

Er sah nach seiner Uhr.

„Ubrigens muß Meher bald kommen. Ist alles gepackt?“

„Ja — das andere — hast du doch selbst in den Wagen befördert.“

„Bitte, vorsichtig. Ja, selbstverständlich.“

„Ich habe mich lange auf nichts so gefreut wie auf diese Fahrt — mich pridet es in allen Nerven — aber angenehm. Ich bin dir geradezu dankbar — es ist doch schließlich nicht so viel dabei.“

„Na, ich danke. Du kennst die neuen Gesetze und Verordnungen nicht.“

„Aber wieso denn? Es ist doch alles ehrlich gelaufen und bezahlt.“

„Ich könnte dich wahrhaftig beneiden um deinen Optimismus. Du bist die geborene Triebkraft zum — nun, wozu, wirst dich ja zeigen.“

„Ich fürchte dich doch nur in der Ausführung deines Gedankens.“

„Allerdings. Nur die Umstände haben sich inzwischen etwas kompliziert.“

„Sage mal — das wäre das Einzige, das mir Bedenken machen könnte —, ist dieser Meher durchaus sicher?“

„Absolut. Mit dem hat ein Bekannter von mir früher einmal Geschäfte gemacht — in Sacharin.“

Da sie augenblicklich allein in der Halle saßen, alle anderen Gäste hatten ihr Frühstück schon beendet, wurde er etwas freier und geprüffter.

„Aber wie meinst du das? Wie kommst du darauf?“ forschte er mißtrauisch. Sie suchte die Mäkel.

„Gefühlssache. Ich habe keine greifbaren Gründe.“

„So? Ach Unfug — das sind Weiberlaunen, weiter nichts.“

„Kann sein. Geht es nicht ohne ihn?“

„Ausgeschlossen. Wir haben hier nicht mal einen anderen zuverlässigen Chauffeur. Wie sollten wir durchkommen? Ganz unmöglich.“

„Wenn du den Mann kennst, ist wohl auch nichts zu befürchten.“

„Geh dann mal gelegentlich fort — da kommt er nämlich. Ich muß auch Rücksicht nehmen, er kennt dich nicht — es macht ihn unglücklich. Das war vielleicht, was dir aufgefallen ist.“

Meher trat an den Tisch und grüßte bebot. Er trug eine elegante moderne Chauffeurfrack, in die Steinburg ihn bereits gesteckt hatte. Er nahm beschiden auf einer Ecke des ihm angewiesenen Stuhles Platz — Getränke lehnte er ab. Seine Augen flackerten etwas unruhig, als er die Weiden beobachtend anfaß; aber er lächelte zuversichtlich und harmlos.

„Das ist ausgezeichnet, daß Sie schon hier sind, lieber Meher.“ sagte Steinburg forschend. „es ist jetzt bald halb zwölf, da können wir die Sache noch mal genau durchgehen — vielleicht kommen Sie mal mit ins Lesezimmer. Sie haben doch die Straßentarte mitgebracht?“

„Alles zur Stelle.“ sagte der Beamte, als er hinter Steinburg das Zimmer betrat, in dem sich außer ihnen niemand aufhielt.

„Und Sie kennen die Beschaffenheit der Wege — man kann dort fahren?“

„Die Wege kenne ich wie meine Tasche. Fahren kann man dort schon.“

„Auch abgeleitet?“

„Ach ja. Unbedingt. Am Schlaf.“

„Und sonst — ist alles klar?“

„Vollkommen in Ordnung.“

„Nun, dann hätten wir wohl sonst nichts mehr zu erledigen. Am übrigen — was Ihre Gewinnbeteiligung angeht — Sie verstehen — können Sie sich auf mich verlassen. Sie haben ja schon gesehen. Ich bin

Ehrenmann, ich halte mein Wort. Sie sehen: ich verlaßte mich auf Sie.“

„Ich werde meine Pflicht tun.“

„Also abgemacht.“ Steinburg hielt ihm die Hand hin, die der andere aber unauffällig überfaß, indem er sich umständlich nach seiner Wäsche beugte, die er auf einen Stuhl gelegt hatte.

„Dann sehen Sie sich nur noch mal den Wagen an, ob alles intakt daran ist.“ fuhr Steinburg geschäftsmäßig fort, „er steht in der Benzinquelle bei Wirtel in der Remise. Ich werde nachher mit meiner Frau speisen — sie fährt natürlich mit. Lassen Sie sich auch zu essen geben und fahren Sie dann vor — oder nein — fahren Sie nicht vor. Man kann nie wissen. Wir werden Sie treffen. Halten Sie in den Anlagen beim Springbrunnen so gegen drei. Auf Wiedersehen.“

„Auf Wiedersehen, Herr Direktor.“ sagte Meher treuherrlich. Viktor hatte sich ihm gegenüber und im Hotel als Direktor Bartels mit Frau aus Hannover eingeführt.

Darauf suchte Steinburg Frau Eva in ihrem Zimmer auf.

„Um 3 Uhr fahren wir.“ sagte er, als er eintrat. „Du hast die Handtaschen fertig, das ist ja schön. Er ist um die verabredete Zeit in den Anlagen — ich habe ihm den Schlüssel zur Remise gegeben.“

„Du, hör mal.“ sagte sie plötzlich, und brenzte sich vom Spiegel ab, vor dem sie ihre Frisur für die Wirtelstafel revidierte, da sie alsbald zu Tisch gehen wollten. „Ich verstand doch, die — fraglichen Gegenstände wären schon im Wagen verpackt. Meinst du wirklich, er hat keine Ahnung davon, wo sie stehen? Sonst läge doch die Befürchtung nahe.“

„Er hat keine Ahnung. Und außerdem — selbst wenn er wüßte — ich habe die Sicherung des inneren Schließes — er kann unter keinen Umständen öffnen. Er könnte nur mit dem ganzen Wagen verschwinden; aber ich habe Wirtel, den Besitzer der Benzinquelle, den ich von meinen vielen Geschäften und Veranlassungen hier in der Gegend seit Jahren kenne, instruiert. Er hat ein sehr gutes Notarab und behält Meher im Auge, solange ich nicht selbst da bin. Er ist natürlich sonst nicht orientiert.“

„Nun, ich muß sagen, das ist so weit wirklich unschuldig geordnet. Hoffen wir das Beste.“ (Fortsetzung folgt.)

* **Nieme, 24**
weh r. In der
wehr wurde Ver
15. Juni stattfin
der Wehr. Die
Restauration wu
kommt auf die
Festkommission
An der Feier be
kreises Bochum
Cidel 2, Bochum
der Versammlung

tritt der Dunkelheit zu ermöglichen. Mittels Telefonverbindung mit der Unterbrechung kann bei vorerwähnten Störungen sofort der gesamte Betrieb stillgelegt werden, eine Maßnahme, die sehr zu begrüßen ist.

Gattungen, 24. Febr. Kirchliches. In der großen ev. Kirche fand die Einführung der neu gewählten Kirchlichen Gemeindevorsteher durch den Vorsitzenden des Presbyteriums, Pastor Radde, statt. Die Verpflichtung geschah durch Handschlag. Am Sonntag, 22. März haben die Gemeindevorsteher und die Mitglieder des alten Presbyteriums das neue Presbyterium (einfach. Kirchmeister und zwei Kirchenälteste) zu wählen. Der öffentliche Kreisarschleisschweis Gattungen, Poststr. 2, kann, wie in den Vorjahren, so auch in diesem Jahre Jugendliche beiderlei Geschlechts im Alter von 14 bis zu 20 Jahren den Sommer und Herbst über in der Bandwirksamkeit im Kreise Scherwin (Wesling) unterbringen. Für Mädchen kommt vornehmlich Hausarbeit in Frage. Die Jugendlichen werden in geschlossenen Transporten nach Wesling geleitet und auch geschlossen wieder zurückgeführt. Der erste Transport wird wahrscheinlich Mitte März von hier abgehen. Anmeldungen nimmt obiger Kreisarschleisschweis entgegen. Nähere Auskunft kann ebenfalls eingeholt werden. — Zum Branddirektor wurde der 1. Hauptmann der Freiwilligen Bürgerfeuerwehr, Bauunternehmer Vogel, und zum Oberbrandmeister der Schaufelhausbefehlshaber Gubak Drenhaus (2. Hauptmann) beiderseits ernannt. — Die geplante Automobilstraße Buer — Gattungen geht über die Ruhrbrücke, springt am Hotel Eichholz am Bahnhof auf Gattungen Gebiet über und mündet längs dem evangelischen Gemeindehause, Kirchhof, in die Gattungenstraße. Eine andere Straße führt am Krankenhaus vorbei auf Holthausen Gebiet nach Gattungen und Warden. — Bauinspektor Steinberg vom Amt Gattungen-Warden wurde als kommissarischer Amtmann des Amtes Gattungenhausen bestätigt und durch Landrat Dr. Erdmann-Schwein in sein Amt eingeführt.

Gattungen, 24. Febr. Polizeilich. Befragung wurde die Leiche der Frau des verstorbenen Fabrikanten Pulvermacher, die der Verdacht einer Vergiftung durch Leberwurst besteht. Mit der näheren Untersuchung wurde das bakteriologische Institut in Gattungen und der Lebensmittelchemiker Dr. Streit betraut. Mehrere Angehörige der Frau sind schon vor Jahren eines natürlichen Todes gestorben.

Gattungen, 24. Febr. Polizeilich. Befragung wurde die Leiche der Frau des verstorbenen Fabrikanten Pulvermacher, die der Verdacht einer Vergiftung durch Leberwurst besteht. Mit der näheren Untersuchung wurde das bakteriologische Institut in Gattungen und der Lebensmittelchemiker Dr. Streit betraut. Mehrere Angehörige der Frau sind schon vor Jahren eines natürlichen Todes gestorben.

Aus den Provinzen.

*** Königsberg, 24. Febr.** Bedeutende Erweiterung der Straßenbeleuchtung. Nachdem die neue elektrische Lichtanlage in der Berlinerstraße fertiggestellt ist, hat man jetzt mit der Wiederinbetriebnahme der alten Gaslaternen in der Bahnhofstraße begonnen. Die Laternenpfeile haben schon über 5 Jahre ohne Laternen gestanden. Die Straßenpfeiler mussten sich des Abends den Weg im Dunkeln suchen. Auch die lange verkehrsreiche Bochumerstraße hat wieder vollständige vortagszeitliche Straßenbeleuchtung erhalten.

*** Dortmund, 23. Febr.** Neue Sport- und Wettbewerbe. Die Stadt Dortmund plant nach Mitteilung des städtischen Verkehrs- und Freizeitamtes aus Anlass der Eröffnung des Stadions im September d. J. die Veranstaltung einer Sport- und Wettbewerbe in großem Stil. Es sind bisher turnerische Veranstaltungen der Vereine und Schulen wie Leichtathletische Wettkämpfe im Laufen, Springen, Werfen, internationale Fußballspiele, Waffenturnen der Schulen, Reigenvorführungen, Werbelauf, Sternlauf, schülerathletische Wettkämpfe, ferner Schwimmbadwettkämpfe, Radfahren, Radfahrer-Korsofahrten, eine Werbefahrt der Motorradfahrer, ein Herrenreiten, Wettrennen, Tennisturniere, Flugveranstaltungen, Vorführungen der Feuerwehr und Polizei, ein Fackellauf, Vorführungen von Wasserschönheiten im freien, Freilichtaufführungen, Sportvortritte und dergl. vorgesehen.

*** Witten, 24. Febr.** Verarmungsliste einer Mutter. Am Kanal wurden Kleidungsstücke einer Frau von hier aufgefunden, die am 16. Februar mit ihren drei Kindern im Alter von sechs Monaten bis 5 Jahren sich aus ihrer Wohnung entfernt hatte. Wahrscheinlich hat die Frau in einem Unfall von Schwermut mit ihren Kindern den Tod gesucht. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

*** Witten, 24. Febr.** Schadenfeuer. In der zu unserer Stadt gehörenden Sektion Dornbusch ist das Wohnhaus des Händlers Karl Hüpen mit Scheune und Stallung niedergebrannt. Die Feuerwehr konnte wegen Wassermangels nur die Nachbargebäude schützen.

*** Witten, 24. Febr.** Verkehrsmacht Bergisch Land. Vertreter der Autohubs und Kraftfahrvereinigungen, des Transportgewerbes, der Straßen- und Kleinbahn, der Spedition u. w. gründeten hier unter dem Namen „Verkehrsmacht Bergisch Land“ einen Verein, der sich zum Ziel setzt, die durch die Zunahme des Verkehrs geschaffenen Schwierigkeiten zu beheben. Er hofft, dieses Ziel besonders durch die Mittel der Selbstsucht und des Selbstschutzes zu erreichen. Das Arbeitsgebiet der „Verkehrsmacht Bergisch Land“ erstreckt sich zunächst auf die Städte Witten und Elberfeld, wird aber als bald auf die Orte der Umgebung ausgedehnt werden.

*** Witten, 24. Febr.** Töblicher Sturz. Der zehnjährige Sohn des Arbeiters Danz stürzte beim Spiel aus dem zweiten Stock eines Hauses. Er war sofort tot.

*** Witten, 24. Febr.** Für die Hinterbliebenen und Verletzte des Dortmunder Grubenunglücks hat die Stadt Bonn 3000 M zur Verfügung gestellt. Der Oberbürgermeister der Stadt Bonn sprach in einem Schreiben an den Bergbauminister in Dortmund die Teilnahme der Stadt Bonn an dem Grubenunglück aus.

*** Witten, 24. Febr.** Von der holländischen Grenze, 24. Febr. Kaffeeschmuggel. In Witten wurde von Zollbeamten ein Auto angehalten, das vier beladene, aber Kaffee nach Holland geladen hatte. Es handelte sich um 40 Zentner geschmuggelten Kaffees aus Holland. Auto und Fracht wurden beschlagnahmt. Die Ermittlungen führten nach Düsseldorf, wo bereits einer der Schuldigen, ein Holländer aus Rotterdam, verhaftet werden konnte. Die Grenze wird neuerdings sehr scharf überwacht.

Turnen · Spiel · Sport.

Fußball.

Fußball-Stadtkampf Bochum — Leipzig!
Wie wir schon vom R. S. B. erfahren, tritt die Leipziger Städtevertretung bestimmt am 8. März (1. Tag der Wettbewerbe) gegen unsere heimische Elf an.

Motorrad.

Der V. M. C. beteiligt sich an der Deutschlandfahrt.
Der Bochumer Motorrad-Club 23 entsendet 2 seiner Mitglieder zu der am 1. März in Köln beginnenden Deutschlandfahrt. An dieser Stelle viel Glück mit auf den weiten Weg.

Am 1. März Trabrennenbeginn.

Der Trabrennverein in Mariendorf gibt die Ausschreibungen für seine erste Frühjahrsveranstaltung bekannt, die drei Tage, den 1., 8. und 15. März, umfasst. An jedem Tage finden acht Rennen statt, die eine durchschnittliche Preishöhe von 2600 M aufweisen. Am höchsten dotiert sind mit je 4000 M der Sonntags-Preis, Preis von Babelsberg und Frühjahrs-Ausgleich, die sämtlich für 4-10 jährige Flegel und Stuten offen sind.

Pferdesport.

Schluss des Reitturniers in Berlin.

Berlin, 22. Febr. Bei starkem Publikumsandrang ging heute das große Berliner Frühjahrs-Reitturnier im Berliner Sportpalast zu Ende. In der Eignungsprüfung um das Championat der Reiterpferde siegte Prinz Sigismund von Preußen auf Christoff 2, während der „Große Preis der Städte“, ebenfalls eine Eignungsprüfung von Reitern von Jungen gewonnen wurde.

Deutsche Turnerschaft.

Städtewettkampf im Kunstturnen.

Wiesbaden — Dortmund — Bochum.

Am kommenden Sonntag, den 1. März soll der erstmalig im vorigen Jahre in Dortmund ausgetragene Städtewettkampf im Kunstturnen zwischen den besten Geräteturnern der Städte Wiesbaden, Dortmund und Bochum im Saale des Schützenhofes seine Wiederholung finden. Mit großer Spannung sieht man in Turnertreuen und weit darüber hinaus den diesmaligen Ereignis entgegen. Bekanntlich gelang es der Bochumer Mannschaft in Dortmund die Dortmunder ganz knapp und die Wiesfelder Mannschaft mit großem Buntvorprung zu schlagen. Die heimische Mannschaft tritt so ziemlich in alter Aufstellung an. Nach dem am vergangenen Freitag stattgefundenen Auswahlturnen setzt sich die Kiege wie folgt zusammen: Böhmig, Kargol, Kolbe, Nidel, Gers, Veragotte und Böppe (Turngemeinde Bochum), Reinhardt (Turn-Bochum-Gamme 83), Kirchbaum (Turn-Bochum 48), Trümpler (Turnvereins Bochum).

Turnen.

Freie deutsche Turnerschaft.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Turnvereine (Süd-Bochum). Der Delegierten-Tag der freien deutschen Turnerschaft, der am Sonntag, den 22. Febr. in Berlin stattfand und sehr gut besucht war, beschloss, an der Bochumer Wettbewerb am 8. März im Festzug vollständig teilzunehmen. Von einem Kunstturnen am 1. März wurde infolge Saalschwierigkeiten Abstand genommen.

ENDLICH
DER
RICHTIGE

FRIE-MANN KAFFEE

Bekanntmachung.

Auf Vorschlag des Magistrats der Stadt Bochum benenne ich die zwischen Wittenhauser- und Wald-Straße neu angelegten Straßen:

An der Konradstraße,
Am Gerstkamp,
Brandstein-Straße,
Dennis-Straße.

Bochum, den 19. Februar 1925.

Die Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

In der Konradstraße über das Vermögen des Kaufmanns Hans Kamelmann in Bochum, Marktstraße 3, ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf den 6. März 1925, vormittags 10 Uhr auf Zimmer Nr. 23 des hiesigen Amtsgerichtes anberaumt. Bochum, den 18. Februar 1925.

Das Amtsgericht.

Stadtleihamt Bochum.

Die Versteigerung der verfallenen Pfänder aus der Zeit vom 12.-25. Mai 1924, Pfandnummern 89214-4158, bestehend in Fingerringen, Schmuckstücken, Uhren, Silber- und goldenen Damen- und Herrenuhren, Gold- und Silberarmen und anderen Wert- und Gebrauchsgegenständen, Musikinstrumenten, Wäsche, Kleiderstoffen, Schuhen, Nähmaschinen, Bettdecken, Öfen, findet am

Donnerstag, den 12. März 1925, vormittags von 9 Uhr ab im Stadtleihamt, Krantzgasse 7 (Eingang durch den Hausflur des Hauses Wittenhauserstr. 3), statt. Der Pfandbetrieb ist an diesem Tage geschlossen.

Die bei der Versteigerung erzielten Ueberträge können innerhalb Jahresfrist nach dem Verkauf bei der Leihkassette in Empfang genommen werden. Nach Ablauf dieser Frist verfallen sie zu Gunsten der Armenfürsorge. Bochum, den 24. Februar 1925.

Der Magistrat.

St. Mitteilung des Arbeitsamtes ist der Zeitungsbesuch für die Erwerbslosen für den Monat März 1925 auf 3/4 % des Grundlohnes bzw. wöchentlichen Arbeitsverdienstes festgelegt worden.

Bochum, den 25. Februar 1925.

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Bochum.

Reparaturen

an Nähmaschinen, Fahrrädern, Motorrädern und Grammophonen werden billig und bestens ausgeführt bei

A. Wolters, Bochum, Friedrichstraße 9.

Parkettböden

Herbert und verlegt prompt und preiswert: Christian Burger, Erster Bochumer Spezial-Geschäft für Parkett- und Parkettböden Kronenstraße 15. Fernsprecher 407

Abänderungsnachtrag

zum Ortsstatut betr. die Reinigung der öffentlichen Wege in der Gemeinde Langendreer vom 19. April 1913.

Auf Grund des § 13 der Verbandsgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1896, der §§ 4 und 5 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Wege vom 1. Juli 1912 und des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 27. Januar 1925 erhält das genannte Ortsstatut folgende anderweitige Fassung:

§ 1.
Im § 3 werden bei a) die Worte: „ausgezeichnet und“ gestrichen und durch: „nicht“ ersetzt.

§ 2.
Der § 4 fällt fort.

§ 3.
Vorstehende Änderungen treten mit dem Tage der Genehmigung in Kraft.

Langendreer, den 29. Januar 1925.

Der Amtmann:
Jacobi.

Der Gemeindevorsteher:
Gräfer.

Dem vorstehenden Abänderungsnachtrag wird hierdurch zugestimmt.

Langendreer, den 29. Januar 1925.

Die Ortspolizeibehörde.
Jacobi, Amtmann.

Genehmigt.

Bochum, den 7. Februar 1925.

Klausen des Kreisaußenbüros des Landkreises Bochum.

Der Vorsitzende, Landrat: Stübgen.

Abänderungsnachtrag

zur Polizeiverordnung betr. die Reinigung der öffentlichen Wege in der Gemeinde Langendreer vom 19. April 1913.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 sowie gemäß Artikel III der Verordnung über Vermögensgegenstände und Bußen vom 6. Februar 1924 (R. G. Bl. Seite 44) wird nach Beratung mit dem Gemeindevorstand für den Bezirk der Gemeinde Langendreer zur genannten Polizeiverordnung folgender Nachtrag erlassen:

§ 1.
Im § 1 wird bei b) das Wort: „ausgezeichnet“ gestrichen und durch: „nicht“ ersetzt.

§ 2.
Vorstehende Änderung tritt mit dem Tage der Genehmigung in Kraft.

Langendreer, den 29. Januar 1925.

Die Polizeiverwaltung.

Jacobi, Amtmann.

Vorstehender Abänderungsnachtrag zum Ortsstatut nebst dem dazu gehörigen Abänderungsnachtrag zur Polizeiverordnung werden hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Langendreer, den 18. Februar 1925.

Der Amtmann.

Barenberg
Ein besonders feiner „gutgepflegter“ Weinbrand
4 Flasche 4.00 Mk.
A. BARENBERG · BOCHUM
Rottstraße 8-10 Fernsprecher 244

Als geeignete Festgeschenke

zur Konfirmation empfehle ich mein reichhaltiges Lager an passender Literatur:

Der Fährat aus David's Haus. 2.80 Mk.
Gerock, Palmblätter. 3.50, 2.40 Mk.
An Gottes Hand durchs Leben. 2.50 Mk.
Vergeltung. 4.00, 2.50, 2.00, 1.20 Mk.

Marmorkreuze in allen Größen v. 6.00 M. an
Stehbilder mit passenden Darstellungen in jeder Größe u. Preisange von 0.10 M. an
Konfirmationsstassen mit Unterstasse mit pass. Malerei u. 10 mm Goldrand 1.00 Mk.
Dessertteller. 0.80 Mk.

Weitere vornehme Geschenkartikel sind in meinem Ladenlokal in Mengen ausgestellt und können ohne Kaufzwang beschlachtet werden.

Mummelthay's Centralbuchhandlung

Bochum, Obere Marktstraße 81.

WER

Anzug- u. Paletstoff hat,

der ungenutzte Resten zu mir zur Verfügung nach Maß. Beste Suiten, moderne Anzügestoffe in billigen Preisen. Reparaturen und Umbildungen in eigener Werkstatt.

Bochum

Hermann Jfel, Dortmunderstraße 11

Klavierstimmer

Kuenemann (Fachmann)

Bochum, Alleestr. 55.

Mädchen aufs Land.

Für gute Stellen in neubauten landlichen Haushaltungen werden zum sofortigen Eintritt fröhliche Mädchen von 15 bis 20 Jahren gesucht, die bereit sind, bei vollem Familien- und landwirtschaftlichen Unterricht auszuweichen zu lassen. Meldungen beim hiesigen Arbeitsamt, Abteilung Arbeitssuchende für Frauen und Berufsberatung, Mühlengasse, Zimmer 6.

Fräulein sucht möbl. Zimmer

im Mittelpunkt der Stadt. Offerten mit Preisangabe unter R. 120 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Wer überläßt: Jan

gem. Bochum

2-3 leere Zimmer

gegen seltene

Wiese?

Gef. Angebote unter

R. 1217 an die

Expedition dieses Bl.

Gut möbl. Zimmer

für einen unserer

Ingenieure zum 1.

Februar gesucht.

Dr. C. Otto & Comp

Bochum, Christstr. 9.

Empfehle beste ostfriesische hochtragende und frischmelke

Kühe.

Max Sternberg

Hohenollernstr. 11.

Telefon 2550

2 Min. v. d. Haltestelle

Korländer

Empfehle hochtragende u. frischmelke

Kühe

Julius Sternberg

Dortmunderstr. 3.

Telefon 248.

Strandbad, Haltestelle

Bochum

Empfehle hochtragende u. frischmelke

Kühe

Julius Sternberg

Dortmunderstr. 3.

Telefon 248.

Strandbad, Haltestelle

Bochum

„Fortuna“

Bochum

Märkischerstr. 10 v.

Gez. 1913

alt. v. d. Haltestelle

Bochum

vermehrt v. d. Haltestelle

Bochum

vermehrt v. d. Haltestelle

Bochum

vermehrt v. d. Haltestelle

Bochum

Wohnungstausch oder Ringtausch

Breslau — Bochum

Geboten: In Breslau, Glogauerstraße, 3. Etz, 8 Zimmer, Küche, Mädchenzimmer, Bad, Bodenlampe u. Keller.

Geboten: In Bochum (in guter Lage), 4 Zimmer, Küche, Mädchenzimmer, Bad, Bodenlampe und Keller.

Angebote erbeten an den

Bochumer Verein

für Bergbau u. Gießfabrikation

in Bochum, Mietsabteilung.

Bauplatz

für ein Einfamilienhaus zu kaufen gesucht. Adresse unter R. 30254 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Der am

Ein bis zwei

Bürozimmer

möglichst Bahnhaltestelle, sofort gesucht

Offerten unter R. 100 an die

Expedition dieses Blattes.

Geboten: Möbel-Kredithaus sucht zwecks

Werbung von Kunden

Herren und Damen

zuverlässiger, verheirateter

Chauffeur

sicherer Fahrer, mit nur besten

Zeugnissen, längerer Fahrpraxis

u. möglichst gelernter Schlosser,

wird für sofort gesucht. Bewerber

bringen mit. Beiliegung der Zeug-

nisschriften sowie eines Licht-

bildes (Paßbild genügt) durch die

Geschäftsstelle d. Bl. unter Nr. 30321.

Erst

Preisversteigerung

10. bis 28. Febr.

geteilt; der

Gelegentlich

die Gerichte

der Nation

im Falle von

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

Störungen der

</